

LANDESARCHIV BERLIN

Rep. 57

Acc.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 303

SL

Von Hand zu Hand

Vfg.

1. Umlauf bei der Abteilung 5 - vorzulegen mit der Bitte um
Kenntnisnahme: Ordern sind Nachzurechnen, die am 4.8.1970
von Verhöre des "Generalstaatsanw. der DDR" in gegeben worden sind.
Bestellungen bitte ich auf die Richtigkeit zu überprüfen.

~~Frau Erste Staatsanwältin Bilstein~~

Herrn Ersten Staatsanwalt Hauswald

Herrn Ersten Staatsanwalt Feistkorn

Herrn Ersten Staatsanwalt U. Schmidt

Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Sczostak

Herrn Staatsanwalt Filipiak

Herrn Staatsanwalt F. Schmidt

Herrn Staatsanwalt Hölzner

Herrn Staatsanwalt Stief

27.8.
28/11/70
20/8.
20/8.
20/8.
(Vfg unzureichend)
bitte vorab!

1.9.70
(vgl. Anm. 1) H.

~~2. Kartei~~

~~3. Wv. - der Verwaltungs-Geschäftsstelle 1 - RSHA~~

Berlin, den

5. AUG. 1970

Vfg. aus

17 (65 (RSHA))

Vorel

est. 25. AUG. 1970
Px.

✓ Erbkte je 5 Mr. (komplett)
von DDR Nr. 5, 7, 8 und 13

20/8 Ht

est. 25. AUG. 1970
Px.

✓ Erbkte je 2 Ablichtungen
von DDR
Nr. 1, 2, 6, 9, 10, 11, 12, 14, 15

20/8

✓ Erbkte je 2 Ablichtungen von DDR Nr. 18, 3
✓ W. O. ✓ m. 19
27/11

27.8.

est. 31. AUG. 1970
Px.

sp 1169 (RSHA)

✓ Erbkte je 2 Ablichtungen von DDR Nr. 15

1.9.70 Ht.

DDR

A

Rogierung
29. DEZ. 1933
Düsseldorf

A 136 Revs. I

Fragebogen

zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933.
(Reichsgesetzblatt I S.175).

1. Name *Bovensiepen*
 Vornamen *Otto*
 Wohnort und Wohnung *Jüresbürg, Pulverweg 32*
 Geburtsort, =tag, =monat und =jahr *8. VII. 05*
 Konfession (auch frühere Konfession) *evgl.*

2. Amtsbezeichnung *Gerichtskammer*

3. § 2 des Gesetzes:
 a) Wann sind Sie in das Beamtenverhältnis eingetreten ? *15. November 1929.*
 Durch Ernennung zum *Gerichtspräsident*
 Falls seit 9. November 1918:
 b) haben Sie die für Ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung +) *ja.*
 oder *Ich habe am 22. Oktober 1929 das Referendariatssamen und am 15. Juli 1933 die große Staatsprüfung bestanden.*
 c) sonstige Eignung +) besessen ?

+) Vorbildung und Eignung sind kurz zu begründen.

26. 105 V

4. § 3 des Gesetzes:

a) Sind Sie bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen und seitdem geblieben?

nein
.....
.....

In welcher Stellung?
oder

b) Lagen am 1. August 1914 bei Ihnen die Voraussetzungen der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 245) zu § 3, Nr. 2 Absatz 1, Satz 2, vor?

nein

oder

c) Haben Sie im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft?

nein.

oder

d) Sind Sie Sohn (Tochter) oder Vater eines im Weltkrieg Gefallenen?

nein.

Falls *n e i n* zu a bis d:

e) Sind Sie arischer Abstammung im Sinne der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 195) zu § 3, Nr. 2 Abs. 1?

ja.

(Nachweise zu 4c bis e gemäß der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 Reichsgesetzbl. I S. 195 - zu § 3, Nr. 2 Abs. 2, sind beizufügen.)

Nähere Angaben über die Abstammung:

Eltern:

Name des Vaters

Vornamen

Stand und Beruf

Wohnort und Wohnung

Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr

Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr

Konfession (auch frühere Konfession).....

in

verheiratet

am

Otto Braunsiepen
.....
Otto
Kaufmann
.....
Zücht. Quisberg
Emm-Rüppelstr. 19. 4. 1872
Heidelberg 22. 1. 1926
.....
evangelisch
Söllingen Wald
.....
8. 7. 1902
.....

Geburtsname der Mutter
Vornamen
Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr
Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr
Konfession (auch frühere Konfession)

Brueger
Elisabeth
Solingen - Munscheid 14. 8. 1880.
/
evangelisch

Großeltern:

Name des Großvaters (väterlicherseits)
Vornamen
Stand und Beruf
Wohnort
Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr
Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr
Konfession (auch frühere Konfession)

Braunig
Richard
Braunig & Hohlbeniger
zuletzt: Emu - Rippelbach
Linsdorf, Emu - Rippelbach 16. 9. 1834
" " 14. 1. 1899
evangelisch

Geburtsname der Großmutter (väterlicherseits)
Vornamen
Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr
Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr
Konfession (auch frühere Konfession)

Neuhäus
Auguste
Linsdorf 15. 2. 1842
Rippelbach 18. 2. 1929
evangelisch

Name des Großvaters (mütterlicherseits)

Vornamen

Stand und Beruf

Wohnort

Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr

Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr

Konfession (auch frühere Konfession)

Geburtsname der Großmutter (mütterlicherseits)

Vornamen

Geburtsort, =tag, =monat u. =jahr

Sterbeort, =tag, =monat u. =jahr

Konfession (auch frühere Konfession)

Breun

Friedrich

Fabrikant

gebürtl. Solingen - Wald

Neuenkirchen / Rhein 6. 11. 1853

Solingen - Wald 26. 1. 1927

Ratholisch

Schäfer

Hilke

Solingen Gräfrath 21. 9. 1857

evangelisch

5. § 4 des Gesetzes und Nr. 3 der Ersten Durchführungsverordnung vom 11. April 1933:

- a) Welchen politischen Parteien haben Sie bisher angehört? Von wann bis wann? +)
- b) Waren Sie Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Eisernen Front, des republikanischen Richter- oder Beamtenbundes oder der Liga für Menschenrechte und, falls ja, von wann bis wann? +)

Vom 1. 9. 1925 - 18. 3. 1929
und seit dem 1. 8. 1931 der
U. S. D. A. P.

nein

+) Die Erklärungen zu 5a und b können in verschlossenem Umschlag beigelegt werden.

Ich versichere hiermit dienstlich daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen gemacht habe.

Düsseldorf, den *28. Dezember* 1933

W. D. D. D. D.
 Vor- u. Zuname
Geilke
 Dienstgrad.

Jüdisberg, den 27. September 1933.
Pulcoweg 32.

Gemüch
des Gerichts amors Otto Boverneper
sine Übernahme in die preussische
innere Verwaltung.

Ihrem Auftrag des
Herrn Regierungspräsidenten von Gemüch
folgend, bitte ich um Übernahme
in die preussische innere Verwaltung.

Ich würde als Sohn des
inzwischen verstorbenen Kaufmanns Otto
Boverneper in Jüdisberg am 8. Juli 85
geboren. Im Jahre 1925 habe ich am Städt.
Realschuljahr in Jüdisberg die
Reifeprüfung bestanden. Im Oktober 1929
habe ich am Handelsschule in Köln
das Kaufmannsexamen und am 15. Juli
1933 die große Staatsprüfung bestanden.
In beiden Prüfungen erhielt ich die
voll befriedigend.

Ich gehöre der K. S. J. A. P.
an und habe die Parteimitgliedsnummer
35782

M. Boverneper

An den
Herrn

Minister des Innern
Berlin

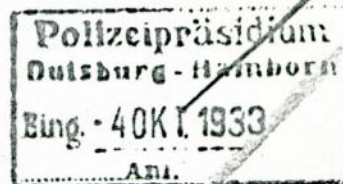
An den
Herrn

Regierungspräsidenten
Gemüch

Der Regierungspräsident.

Düsseldorf, den 2. Oktober 1933.

Nr. A 12 6/Pr.



Urschriftlich gegen Rückgabe
dem Herrn Polizeipräsidenten

in

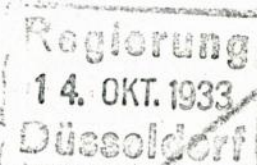
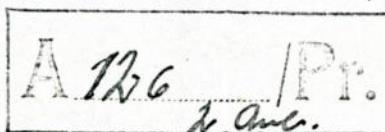
D u i s b u r g

- persönlich -

zur gefälligen Aeusserung über die persönlichen und sonstigen
Verhältnisse des Antragstellers übersandt.

In Vertretung:

M. Mann



[Handwritten signature]

U. mit 2 Anlagen

dem Herrn Regierungspräsidenten

in D ü s s e l d o r f

zurückgereicht.

Der Antragsteller sowie seine Angehörigen stehen in sehr gutem Rufe. Er hat kein Einkommen und lebt im Haushalt seiner Mutter. Sein Vater, der Kaufmann war, ist am 26.1.1926 gestorben. Zur Familie gehören ferner ein 22jähriger Bruder, der erwerbslos ist und eine 30jährige Schwester, die bei der Stadtverwaltung Duisburg-Hamborn als Fürsorgeschwester tätig ist. Vermögen besitzt die Familie Bovensiepen nicht. Auf öffentliche Unterstützung ist sie jedoch nicht angewiesen, da ein Bruder der Wtw. Bovensiepen die Familie finanziell unterstützt, sodaß der Lebensunterhalt gesichert ist.

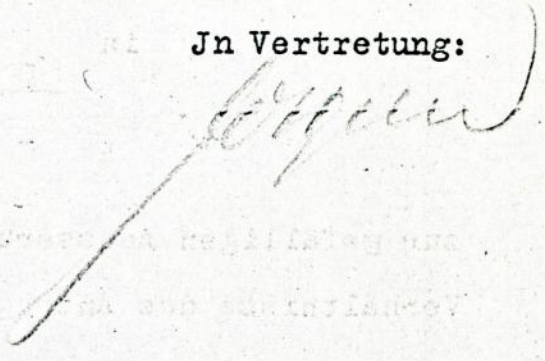
Der Antragsteller sowie seine Angehörigen sind

evangelisch.

36 B 115

evangelisch. Sein Grossvater - väterlicherseits - sowie dessen
Ehefrau waren ebenfalls evangelisch. Der Grossvater - mütter-
licherseits - war katholisch, während seine Ehefrau evange-
lisch war. Danach ist anzunehmen, daß der Antragsteller ari-
scher Abstammung ist. In politischer Beziehung ist er einwand-
frei. Er gehört seit 1925 der NSDAP. an. Sein Bruder Günther
ist seit 1931 Mitglied der SA. der NSDAP.

In Vertretung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'L. Keller', written over a horizontal line. The signature is cursive and somewhat stylized.

Der Regierungs-Präsident

Kennzeichen: A 19 1 Bo./Pr.

Bei der Antwort wird Angabe des obigen Kennzeichens erbeten.

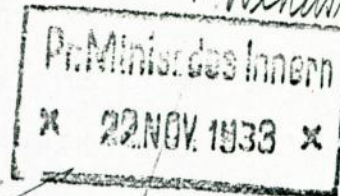
Regierungshauptkasse: Reichsbankgirokonto
Postcheckkonto Essen 147

Düsseldorf, den 18. November 1933.

Postfach
Fernruf 30011

An den
Herrn Preussischen Minister
des Innern

B e r l i n.
=====



Angabe liegt vor.

Zb. B 115 III

Betrifft: Einstellung des Assessors **B o v e n s i e p e n**.

Bezug: Ohne Vorgang.

Berichterstatter: Regierungsvizepräsident Bachmann.

Anlässlich meines letzten Besuchs im Preussischen Ministerium des Innern ist mir vom Herrn Ministerialrat **J a n i c h** mitgeteilt worden, daß im Nachtragshaushaltsplan des Polizeipräsidiiums Düsseldorf für die hiesige Staatspolizeistelle u.a. die Dienstbezüge eines als Hilfskraft zu beschäftigenden Assessors vorgesehen seien. Da die Überlastung der Staatspolizeistelle die sofortige Heranziehung eines Juristen erforderte, habe ich den in Duisburg wohnhaften und bisher in der dortigen Stadtverwaltung angestellten Gerichtsassessor **B o v e n s i e p e n** zunächst probeweise herangezogen. Bovensiepen hat seinen Dienst am 15. November 1933 aufgenommen. Ich werde ihn auf Privatdienstvertrag unter Anlehnung an die Bestimmungen des P.A.T. beschäftigen und nach Vergütungsgruppe X Stufe 4 des P.A.T. besolden.

Ich

Ich bitte, hierzu nachträglich die formelle Genehmigung erteilen zu wollen. Im Falle der Bewährung werde ich Bovensiepen, der zur „Alten Garde“ der Partei gehört, zur Übernahme in den höheren Polizeidienst zu gegebener Zeit vorschlagen.

gez. S c h m i d.



Beglaubigt:

Wacker

Reg.-Kanzleiangeestellte.

Der Preussische Justizminister

Berlin W 8, den 20. November 1933.

Wilhelmstraße 65
Fernsprecher: A 1 Jäger Nr. 0044.

II f B. 91/10.

trifft den Gerichtsassessor
to B o v e n s i e p e n
Duisburg.

1 Band Personalakten.

f das gefällige Schreiben vom 2.d.Mts.

- Zb. B. 105. -

De Minist des Innern
* 21. NOV. 1933 *

W. Wedel

Zb. B. 105

übersende ich beifolgend ergebenst die Personalakten des
Gerichtsassessors ^{OTTO} B o v e n s i e p e n. Über den Genannten
hat sich der Oberlandesgerichtspräsident in Düsseldorf wie
folgt geäußert :

„ Der Gerichtsassessor Otto B o v e n s i e p e n
in Duisburg, der die 1. juristische Prüfung und die
grosse Staatsprüfung vollbefriedigend bestanden hat,
hat ein Dienstalter als Gerichtsassessor vom 15. Juli
1933. Mit Rücksicht auf dieses junge Dienstalter ist
der Assessor noch nicht entgeltlich im Richterdienst
beschäftigt gewesen, jedoch lassen die übereinstimmen-
den guten Prüfungsergebnisse und seine Leistungen im
Vorbereitungsdienst einen Schluss auf seine Befähig-
ung zu. Während der Ausbildung als Gerichtsreferendar
hatte der Assessor in allen einzelnen Abschnitten gute
oder fast gute Zeugnisse erzielt, sodaß ich ihn als
vollbefriedigend vorbereitet zur grossen Staatsprü-
fung vorstellen und ihm während des Vorbereitungs-
dienstes den Unterhaltszuschuss für Referendare be-
willigen konnte. Hinsichtlich der Führung ist niemals
Nachteiliges bekannt geworden, das Verhalten des
Assessors ist stets tadelfrei gewesen. In charak-
terlicher Hinsicht habe ich für die Eignung Bovensiepens
für den Verwaltungsdienst keinen Zweifel. Bovensiepen
gehört nach seiner Erklärung vom 13. September d.J.

W. 27/6

W. 27/6

24. 24/11

An

Herrn Preussischen Minister
des Innern.

vom 1. September 1925 bis 18. März 1929 und wieder vom 1. August 1931 der NSDAP. an und dürfte damit hinreichend seine Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus bewiesen haben. Auch das Schreiben der NSDAP. Kreisleitung Duisburg - Hamborn vom 30. August 1933 (Bl. 6 d.A.), in dem Bovensiepen als zur alten Gard gehörig bezeichnet wird, bürgt für die Zuverlässigkeit des Assessors.

Nach Befähigung, dienstlichen Leistungen ^{gesamten} Verhalten halte ich hiernach den Gerichtsassessor Bovensiepen für die Tätigkeit in der preußischen Verwaltung für gut geeignet. "

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Im Auftrage.

gez. Nadler.



Beauftragter
Zarbock

Ministerialsekretär

Der Regierungs-Präsident

Düsseldorf, den 16. Mai 1934
Postfach
Fernruf 36011

Aktenzeichen: A. 13 6 Bov.
Bei der Antwort wird Angabe des obigen Aktenzeichens erbeten.
Regierungshauptkasse: Reichsbankgirokonto
Postcheckkonto Essen 147

v. Wedelstrube

An den
Herrn Preussischen Minister
des Innern
in

Pr. Minist. des Innern
x 50M41-1934 x
1. P. 93 105

B e r l i n N W 7

- mittelbar -

Abgang am 15/5 Mangelhaft:

W. K. W. 24/5

Betrifft: Übernahme des Gerichtsassessors
B o v e n s i e p e n in die
allgemeine Staatsverwaltung.

*Genehmigt v. R. Weiss am 14. 5. 34
Abgang Lt. B. M. 15/5*

Nb. 24/5

Ohne Erlaß.

Berichterstatter: Regierungsvizepräsident B a c h m a n n.

Der Gerichtsassessor B o v e n s i e p e n hat sich hier durchaus bewährt. Er ist befähigt, tüchtig und fleißig. Seine dienstlichen Leistungen und gesamtes Verhalten waren gut. Seinen Vorgesetzten gegenüber ist er stets dienstbereit und bescheiden; im Umgang mit seinen Mitarbeitern zeigt er ein kameradschaftliches Verhalten.

Seine endgültige Übernahme in die Staatsverwaltung befürworte ich daher wärmstens.

gez. S c h m i d.



Beglaubigt:

Göbel

Reg.-Kanzleiangestellte.

OBERPRÄSIDENT
18. MAI 1934
DER RHEINPROVINZ

- Der Preußische Ministerpräsident
Chef der Geheimen Staatspolizei.
B.Nr. 21 187 I 1 A.

Berlin, den 24. Juni 1934.

M. Heines

Pr. Minister des Innern

X 28 JUN 1934 X

Lb. 93/105

XIII

Angewandte

Mars

Abschrift.

1.) An
Herrn Gerichtsassessor Dr. B o v e n s i e p e n -
- Staatspolizeistelle -
D ü s s e l d o r f.

Supplement 2

Ich ordne Sie mit sofortiger Wirkung zur Staatspolizeistelle in Magdeburg ab und beauftrage Sie mit der Wahrnehmung der Leitung dieser Staatspolizeistelle.

2.) An
den Herrn Regierungspräsidenten
in D ü s s e l d o r f.

Abschrift - von 1) vorweg - übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

3.) An
den Herrn Leiter der Staatspolizeistelle
in D ü s s e l d o r f.

30/6 34

Abschrift - von 1) vorweg - übersende ich zur gefl.

Kenntnisnahme. Ich ersuche, Gerichtsassessor Dr. Bovensiepen nachträglich noch förmlich von seinen Dienstgeschäften zu entbinden. Die vorstehende Verfügung wird Gerichtsassessor Dr. Bovensiepen von mir unmittelbar zugestellt.

14.7.34

St. J.

W. 30/1

Wieder vorgelegt
Registratur

1572.34.

An
den Herrn Preußischen Minister
des Innern,
B e r l i n.

XIII

4.)

Blv. d. 11.7.34

Angewandte 14.7.34

1577

Lb. 93/105

30/1

St. J.

4.) An
20.10.21

den stellvertretenden Leiter der Staatspolizei-
stelle Magdeburg,
Herrn Regierungsrat Dr. N ö l l e,
in M a g d e b u r g .

11.11.21

Ich habe mit sofortiger Wirkung den Gerichtsassessor
Ö t t o B o v e n s i e p e n mit der Wahrnehmung der
Leitung der Staatspolizeistelle Magdeburg beauftragt.
Ich entbinde Sie entsprechend Ihrem s.Zt. fernmünd-
lichen Ersuchen hiermit von Ihrem Amt als stellvertre-
tender Leiter der Staatspolizeistelle in Magdeburg,
ersuche Sie jedoch, die Dienstgeschäfte bis zum Dienst-
antritt des Gerichtsassessors Dr. Bovensiepen noch
einstweilen weiterzuführen.

5a) An den Herrn Oberpräsidenten
in M a g d e b u r g .

b) An den Herrn Regierungspräsidenten
in M a g d e b u r g .

Abschrift - von 1) vorweg - übersende ich zur
gefl. Kenntnisnahme.

I.A.
gez.: Heydrich.

Abschrift

übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme mit der Bitte
um nachträgliches Einverständnis. Ein Antrag, betr.
die Übernahme des Gerichtsassessors Dr. B o v e n -
s i e p e n in den Dienst der Geheimen Staatspolizei
ist bereits gestellt.

bei mir
29/11

Im Auftrage:



Der Pr. Minister des Innern.

Berlin, den ^{6. 8.} ~~Bo~~ Juli 1934.

Zb.B.105 XIII.

IF 1005
2 - 307
81.7691 1934

1.) Ernennungsurkunde
als Regierungsassessor für den
Gerichtsassessor Otto Bovensiepen
in Magdeburg.

Pr. Justiz-Min.
- 2 AUG. 1934

Im Namen des Reichs!

Der Gerichtsassessor Otto B o v e n s i e p e n in Magdeburg wird hiermit
zum Regierungsassessor mit dem Dienst-
alter vom 15. Juli 1933 ernannt.

Ref.: ORR. von Wedelstädt.
ORR. Dr. von Helms.

Berlin, den (Datum wie oben)
(Siegel).

Pr. Finanz-Minist.
Ang.: 31. JUL. 1934

Vor Abgang
dem Herrn Finanzminister
zur gefl. Einverständnis-
erklärung.

Namens des Preußischen Ministerpräsidenten
Der Minister des Innern.
J.V.

*Einverstanden
Berlin, den 1. August 1934
Der Finanzminister
D.D.
[Signature]*

Kanzlei H. B. - 6. AUG. 1934

2.) An

Herrn Regierungsassessor
Otto Bovensiepen
in Magdeburg.

Gen. [Signature]
Gen. [Signature]
Abges. zu 3m. In. 2.
" 4, 5 in. 6. 8/8. Fr.

-Einlage zu 3-

Nachdem der Herr Justizminister
sich mit Ihrem Ausscheiden aus dem Ju-
stizdienste einverstanden erklärt hat,
übernehme ich Sie nunmehr vom 1. August
1934 an unter Ernennung zum Regierungs-
assessor mit dem Dienstalter vom 15. Juli
1933 endgültig in die Geheime Staatspo-
lizei. Die für Sie ausgefertigte Er-
nennungsurkunde als Regierungsassessor
füge ich mit dem Bemerkten bei, daß diese
Ernennung Jhr Ausscheiden aus dem Ju-
stizdienst

II. B. 91/14
Vor dem Abgange
dem Herrn Justizminister
zur gefl. Erklärung des Ein-
verständnisses mit dem Aus-
scheiden des Gerichtsassess-
sors Otto Bovensiepen aus
dem Justizdienste vorzule-
gen.

Einverstanden.
Berlin, den ... 1. August 1934.
Der Justizminister.

Kontrolle a. d. B. 1
(Ass. v. 15.7.1933)
1. Nr. 1592 v. 1933. 17.9/8.
2. [Signature]

B. 861. [Signature] 17.24/17. [Signature]

~~Vor Abgang~~

~~dem Herrn Preuß. Mini-
sterpräsidenten~~

~~zur gefl. Einverständnis-
erklärung.~~

stizdienst in sich schliesst.

Wegen Ihrer fernerer dienstli-
chen Verwendung und der Zahlung der
Ihnen nach Ihrem Anwärterdienstalter
und dem Preußischen Besoldungsgesetz
zustehenden Bezüge wird der Herr Preußi-
sche Ministerpräsident -Chef der Geh.
Staatspolizei- das Weitere Veranlas-
sen.

-.-

-.-

3.) An

den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten

-Chef der Geh. Staatspolizei-.

Abschrift (von 2) übersende ich
ergebenst auf das Schreiben vom 12.7.
1934 - St.M.P.670 II- zur gefl. weiteren
Veranlassung und mit der Bitte, dem
Regierungsassessor Otto Bovensiepen
die beiliegende Verfügung nebst der
dazugehörigen Ernennungsurkunde aus-
händigen zu lassen.

Ausf. von 1 u. 2 ↗

~~Eerner bitte ^{er} sich ergebenst, als
bald durch das Geh. Staatspolizeiamt
einen Personalbogen in zweifacher Ausfertigung ohne Begleitbericht an die Registratur Z. meines Ministeriums einreichen zu lassen (vergl. Ziff. 1 und 4 des Erlasses vom 6.6.1911. - C 2312; P.M.P. 800-).~~

-.-

-.-

4.)

4.) An
den Herrn Regierungspräsidenten
in Düsseldorf.

Abschrift (von 2) auf den Bericht vom
16.5.1934 - A.13.5.Bov.- zur gefl.Kennntnis.

--

--

5.) An
den Herrn Justizminister.

Mit Bezug auf das gefl.Schreiben vom 23.12.
1933 - II f. B. 91/12-.

Jch habe den zur probeweisen Beschäf-
tigung in der allgemeinen Staatsverwaltung
beurlaubten Gerichtsassessor Otto Boven-
siepen unter Ernennung zum Regierungsasses-
sor vom 1.August 1934 an endgültig in die
Geh.Staatspolizei übernommen und ihm zu-
gleich eröffnet, daß diese Ernennung sein
Ausscheiden aus dem Justizdienste in sich
schließt.

--

--

6.) An
den Herrn Regierungspräsidenten
in Magdeburg.

Abschrift (von 2) zur gefl.Kennntnis.

Jch ersuche ergebenst, alsbald einen
Personalbogen in zweifacher Ausfertigung
ohne Begleitbericht an die Registratur Z.
meines Ministeriums einreichen zu lassen

(vergl.)

Handwritten signature and date: 7/5/34

(vergl. Ziff. 1 und 4 des Erlasses vom
6.6.1911 - C 2312; F.M.P.800-).

J.V.

A handwritten signature or set of initials, possibly 'J.V.', written in dark ink. The strokes are somewhat fluid and cursive, with a prominent diagonal line.

Vorschlag zur Ernennung

von

Regierungsassessor

zu

in Regierungsrat

Otto Bovensiepen

»

»

»

In der Reichs-
befoldungsgruppe

oder der
entsprechenden
Länder-
befoldungsgruppe

A 2 b

Anlagen: mitgezeichnete Urkunde

Berlin, den 1. Juni 1936

An

den Herrn Staatssekretär und Chef
der Präsidialkanzlei

Berlin W 8

Boßstraße 1

(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei vorbehalten)

11748

II 11748/36

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-------------|---|--|---|
| | Des Beamten | | |
| Sfd. Nr. | a) Familienname b) Vor(Ruf)name c) Geburtstag d) dienstlicher Wohnsitz | a) jetzige Amtsbezeichnung b) Planstelle, für die er vorgeschlagen wird | Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung für die Beamtenstellung |
| 1 | a) B o v e n s i o p e n b) Otto c) 9.7.1905 d) Bielefeld | a) Regierungscassessor b) Regierungsrat- stelle | 1. juristische Staats- prüfung: 22.10.1929 "vollbefrie- digend", große Staatsprüfung: 15.7.1933 "vollbefrie- digend". |

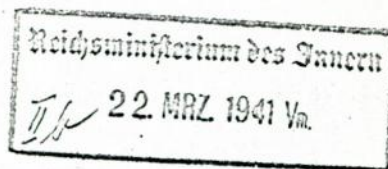
| 5 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 6 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung und letzten Beschäftigungsbehörde) | 7 a) Bietet der Vorgesetzte nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Ist seine und seiner Ehe- frau arische Abstammung nachgewiesen? | 8 Bei Abweichung von den Reichsgrund- sätzen Ist die Zustimmung der Reichsminister des In- nern und der Finanzen eingeholt? | 9 Bemerkte (Frontkämpfer, Mitglied der NSDAP, usw.) |
|---|---|---|--|--|
| <p>4.11.1929</p> <p>1931</p> <p>1931</p> | <p>Nach dem Bestehen der großen Staatsprüfung dem Amtsgericht Duisburg zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen.</p> <p>Vom 9.10.1933 bis 14.11.1933 juristischer Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung Duisburg-Mamborn (Finanz- und Steuerdezernat).</p> <p>Ab 15.11.1933 Angestellter bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf.</p> <p>Ab 16.12.1933 zur probeweisen Beschäftigung bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf aus dem Justizdienst beurlaubt.</p> <p>Am 24.6.1934 mit der kommissarischen Leitung der Staatspolizeistelle Magdeburg beauftragt.</p> <p>1.8.1934 unter Ernennung zum Regierungsassessor endgültig in die Geheime Staatspolizei übernommen.</p> <p>5.2.1935 zur Staatspolizeistelle Recklinghausen versetzt und gleichzeitig als stellvertretender Leiter zur Staatspolizeistelle Dortmund abgeordnet.</p> <p>1.12.1935 als Leiter zur Staatspolizeistelle Bielefeld versetzt.</p> | <p>a) ja</p> <p>b) ledig.</p> | | <p>Von 1.9.1925 bis 18.3.1929 und ab 1.8.1931 Mitgl. d. NSDAP. (Mitgl. Nr. 35 782)</p> <p>Ab 6.11.1933 SA.</p> |

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den 18. März 1941.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

I C (a) 1 a Nr. 1024/41.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An
die Abteilung II des Reichsministeriums
des Innern

in Berlin.

TB-

Abschrift.

Unter Entbindung von Ihren bisherigen Dienstgeschäften
versetze ich Sie hiermit aus dienstlichen Gründen unter Be-
willigung der bestimmungsmäßigen Umzugskostenvergütung von
der Staatspolizeistelle Halle mit sofortiger Wirkung zur
Staatspolizeileitstelle in Berlin und übertrage Ihnen gleich-
zeitig die Leitung dieser Staatspolizeileitstelle.

Ich ersuche Sie, Ihre bisherigen Dienstgeschäfte an
Ihren Nachfolger W-Sturmabannführer Regierungsrat Dr. Braune
zu übergeben und sich vor Ihrem Dienstantritt in Berlin bei
den Amtschefs des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin zur
Entgegennahme weiterer Weisungen zu melden.

Der Herr Oberpräsident in Berlin und der Herr Polizei-
präsident in Berlin sind verständigt.

Die Übernahme der Dienstgeschäfte ist mir anzuzeigen.
den W-Sturmabannführer Oberregierungsrat Bovenslopen, Staatspolizeistelle in
Halle.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.
Berlin, den 19. März 1941.

gez. H e y d r i c h .

Zu den Akten.

I.A.

Handwritten signatures and notes: 'h', 'B 86-1', '24.5', '3'.

Beglaubigt:



Kanzleiangeestellte.

Lp.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den 23. Dezember 1941.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

I A 2 a Nr. 1024/41.

Diese in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u Datum anzugeben

~~Reichsministerium des Innern
P - 8. JAN 1942 Nm.~~

An die Abteilung P des Reichsministeriums
des Innern

in Berlin.

P 5 - 688 - 1/12 ✓

Abschrift.

Hiermit beauftrage ich Sie mit der vertretungsweisen
Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Inspektors der Sicher-
heitspolizei und des SD in Berlin.

Hinsichtlich der Stellung und Aufgaben des Inspektors
der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin verweise ich
auf die Dienstweisung für die Inspektoren der Sicherheits-
polizei und des SD vom 1.2.1940 - S V 1 Nr. 771³/39-165 --.

an den Herrn Leiter der Staatspolizeileitstelle W-Obersturmbannführer Ober-
regierungsrat Bovensiepen in Berlin.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

gez. H e y d r i c h

Berlin, den 15. 1. 1942.

für Herrn WPK

F. U.

Beglaubigt:



Leipold
Büroangestellte.

Lp.

*W. 157
h.*

*Genm. J. B. für ORR
wird. ...
17.11*

B-868 sep.

V/55

Präsidentenkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Ding: 28. Okt. 1943

RP11766/43

Vorschlag zur Ernennung

des

Oberregierungsrats Bovensiepen zum Obersten der Polizei
(Amtsbezeichnung, Name) (Amtsbezeichnung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A 1 a oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

Die Parteikanzlei hat Einwendungen gegen die Ernennung nicht erhoben.

Feld-Kommandostelle den 25. Oktober 1943

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8

Bosßstraße 4

(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Hierzu ist bei RP. 11705/43 verfügt

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faktisierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Führer-Hauptquartier, den 28. Oktober 1943

Der Führer und Reichskanzler
ad. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 29. Okt. 1943

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faktisierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgeser-
tigte Urkunde geht mit Einschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

Zu 1.
ab 30. 10. 43.
mit Einl.

2. Zu den Akten.

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|--|---|--|--|
| <p>a) Familienname b) Vor- (Nuf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort</p> <p>a) Bovensiepen b) Otto c) 8.7.1905 d) Duisburg (Ehefrau geboren am 5.1.1914)</p> | <p>Beamtenstellung a) jetzt b) künftlg</p> <p>a) Oberregierungs- rat b) Oberst der Polizei</p> | <p>a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932</p> <p>a) Kassel b) 1.1.32 - Juni 33 Duisburg, Pullwer Weg 32, Juni 34 bis Fe- bruar 35 Magde- burg, Blumen- thalstr.15, Februar 35 bis Dezember 35 Dortmund, West- phalendamm 59 und Lübecker- str.24, Dezember 35 bis Oktober 36 Bielefeld, Vik- toriastr. 57, Oktober 36 bis Oktober 37 Kös- lin, Danziger- str. 28, bis 1.4.41 in Halle, bis 15.8.43 Berlin-Charlot- tenburg, Bayern- Allee 19 a, seit 16.8.43 in Laar bei Zierer- berg.</p> | <p>a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder</p> <p>a) gottgl. b) verh.seit 13.9.38 c) 3 Kinder Dietmar geb. 2.2.38 Rüdiger geb. 16.8.40 Reinhard geo. 12.7.42</p> |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgesetzte nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rührig für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Gefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|---|---|--|--|
| <p>1. juristische Staatsprüfung: 22.10.1929 "vollbefr.", grosse Staatsprüfung: 5.7.1933 "vollbefr."</p> <p>1.10.37 Leiter der Staatspolizeistelle Halle. Am 1.1.41 zum Ob.Reg.Rat ernannt. Ab 18.3.41 Leiter der Staatspolizeistelle Berlin. Ab 23.12.41 zugleich mit der vertretungsweisen Wahrnehmung d. Dienstge- schäfte d. Inspektors d. Sipo u. d. SD in Berlin beauftragt. Am 30.4.43 f. d. Gebiet d. Wehrkreises IX komm. als Inspekteur d. Sipo u. d. SD in Kassel eingesetzt.</p> | <p>19.11.29</p> | <p>Nach dem Bestehen der grossen Staatsprüfung dem Amtsgericht Duisburg zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen. Vom 9.10.33 bis 14.11.33 juristischer Hilfsarbei- ter bei der Stadtverwal- tung Duisburg-Hamborn (Finanz- und Steuerde- zernat). Ab 15.11.33 Angestellter bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf. Ab 16.12.33 zur probe- weisen Beschäftigung bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf aus dem Justizdienst beur- laubt. Am 24.6.34 mit der kom. Leitung der Staatspoli- zeistelle Magdeburg be- auftragt. Am 1.8.34 unter Ernennung zum Reg.Assessor endgül- tig in die Geh.Staatspo- lizei übernommen. Am 5.2.35 zur Staatspo- lizeistelle Reckling- hausen versetzt und gleichzeitig als stell- vertr. Leiter zur Staats- polizeistelle Dortmund abgeordnet. Am 1.12.35 als Leiter zur Staatspolizeistelle Bielefeld versetzt. Ab 1.11.36 Leiter der Staatspolizeistelle Köslin. Durch Urkunde des Führers v. 7.3.1937 zum Reg.Rat ernannt und v. 1.1.37 ab in eine freie Reg.Rat-Stelle einge- wiesen.</p> | <p>a) ja</p> <p>b) Reichssippen- amt</p> <p>168</p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|--|---|--|---|---|---|
| Seit Zureichung von den Reichs- grundfügen: Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und des Finanzen eingeholt? | Militärverhältnis a) früher (Frontkämpfer? Kriegsbeschädigter?) b) jetzt | a) Mitglied der NSDAP? b) Seit wann? c) Mitglieds-Nr. d) Ämter in der Partei? e) Dienstgrad und Führer- stelle in SA, SS, NSKK, NSFK, HJ usw. (An- gabe des Sturms usw.) | Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Ämter!) | Hat der Beamte a) Vegen b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beam- tenorganisationen angehört? Zu a) und b): Von wann bis wann? Vorgesetzter oder führende Stelle? | Strafen a) der ordentlichen Gerichte b) der Parteigerichte | Bemerkungen |
| --- | a) --- b) Uffz. d. Res. | a) ja b) v. 1. 9. 25 bis 18. 3. 29 und ab 1. 8. 31 c) 35782 d) --- e) /-0'- Stubaf im SD d. RFW. | --- | --- | --- | Der Erlass des General- bevollmäch- tigten für die Reichs- verwaltung v. 20. 5. 40 betr. Beam- tenbeförde- rungen wäh- rend des Krieges ist beachtet. Eine Benach- teiligung der zum Wehr- dienst ein- gezogenen oder diesen gleichge- stellten Be- amten tritt durch die vorliegende Ernennung nicht ein. |

Die Übereinstimmung des Textes der Fotokopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den

31.4.70 J. J. J.



DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Sterbeurkunde

Standesamt Oranienburg Nr. 980/1941

Marian Kurzawa---

~~Wohnort~~ in Wohnort unbekannt---

ist am 21. Juni 1941--- um 12 Uhr 45 Minuten

in Oranienburg im Lager Sachsenhausen verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 21. November 1914---

in Smulsko---

~~Der Verstorbene war~~ ~~nicht~~ ~~verheiratet~~ Familienstand un-

bekannt.---

Oranienburg, den 18. September 70



Leiter der Urkundenstelle

J.V.

Reis

Geburt d..... Verstorbenen:

Standesamt --- Nr.

DDR

4

25

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C2, Brunerstr. 12, Ecke Dircfenstraße

Gingangs- und Bearbeitungsvermerk

An den

Herrn Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin W 9

Bellevuestr.15

Geheime Reichsfache!

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens
- Stapo IV A 1 - 1333/42 g.Rs. -
5. Dezember 1942

Betrifft: Verfahren gegen

Heinz Israel Rotholz,
Heinz Israel Birnbaum
und Andere

Bezug: Dort.Vorgang 10 J. 207/42

Die Beschuldigten

Heinz Israel Rotholz,
am 28.5.1921 in Berlin geboren,
Berlin-Charlottenburg, Droysenstr.12
wohnhaft gewesen,

und

Heinz Israel Birnbaum,
am 22.9.1920 in Berlin geboren,
Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer
Str.60 b/Gärtner wohnhaft gewesen,

haben bei ihren ersten polizeilichen Vernehmungen unwahre Angaben über ihre eigene illegale Tätigkeit gemacht bzw. bestritten, über weitere illegale Verbindungen unterrichtet zu sein. Da beide sich auch weiterhin weigerten, wahrheitsgetreue Angaben über ihre Mittäter und deren Tätigkeit und Verbindungen zu machen, eine rasche Klärung der Angelegenheit jedoch im Interesse der Staatsicherheit erforderlich war, wurden bei ihnen mit Genehmigung des Leiters der

Fernruf
Berlin
5100 23

Postfachkonto
Berlin 2386
Kasse
des Geheimen Staatspolizeiamts

.....Anlagen

Geheim

Prof. Dr. ...
7/11.42
Dr. ...
10 J 207/42
am 10.12.42
...
Berlin, den 7. Dezember 1942
Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof
Dr. ...
...
...
...

Geheimen Staatspolizeileitstelle Berlin, W-Obersturm-
bannführer ORR Bovensiepen, je zweimal verschärfte Ver-
nehmungsmittel in Form von Stockhieben, in Anwendung
gebracht.

B i r n b a u m wurde am 30.6.1942 und am
7.7.1942 verschärft vernommen.

R o t h o l z wurde am 1.7.1942 und am 7.7.1942
verschärft vernommen.

R o t h o l z und B i r n b a u m haben bei der
verschärften Vernehmung Geständnisse abgelegt und auch
Angaben gemacht, die zur Klärung der ganzen Angelegenheit
erforderlich waren.

Im Auftrage:



Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

M. Leckner
Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den *22. / 4. 70*



DDR

5



Reproduktion einer Fotografie des
BOBHAMMER, Fritz
geb. am 20. 12. 1906 in Opladen/Rhld.

Quelle: Bewerbung um Verwendung in der Sicherheits-
polizei und im SD. Für die Kolonien.

BEWERBUNG UM VERWENDUNG IN DER SICHERHEITSPOLIZEI UND IM SD. FÜR DIE KOLONIEN.

Name: B o B h a m m e r

Vorname: Fritz

geboren am: 20.12. ~~in:~~ 1906 in Opladen, Rhld

SS-Dienststrang: SS-Obersturmführer

Pol.-Dienststellung: -

Dienststelle: Sicherheitsdienst des RF SS,
SD-Abschnitt A a c h e n

**Bei Abordnung auch Heimatdienst-
stelle:** -

Wohnung (Ort, Straße): A a c h e n ,
Bismarckstrasse 120



Familienstand (led., verh., geschw., verw.): verheiratet

Kinder (Zahl, Alter): 2 Söhne, 3 Jahre, bzw. 3 Monate alt ^{3. Jg.}
im Juni 1948

Schulbildung (Abschlußprüfung): 1925 Reifeprüfung

Berufsausbildung (vor Eintritt in ~~Polizei~~ ~~SD~~):

Rechtswissenschaftl. Studium, Referendar 1931
u. prakt. Ausbildung, Assessor 1935

Polizeiliche Prüfungen: (auch Sonderausbildung)

vgl. unter Berufsausbildung

Sprachkenntnisse (~~schulmäßig~~ ~~schulmäßig~~): franz. u. engl.

(bes.: franz. noch gute schulm. Kenntnisse)

**Technische Kenntnisse (Führerschein, Zeichnen,
funktechn. Kenntn.):** Führerschein 4 b (Kraftrad)

Der Reichsminister des Innern

Pol. S I A 2 a Nr.: 1027/43

(Vorschlagsberechtigter Stelle)

Präsidentkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Wing: 15. MÄRZ 1943

Vorschlag zur Ernennung RP 2980/43

des

Reg. Assessors B o s s h a m m e r zum Regierungsrat
(Amtsbezeichnung, Name) (Amtsbezeichnung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A2c2 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Inlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

Die Parteikanzlei hat Einwendungen
gegen die Ernennung nicht erhoben.

Berlin, den 10. März 1943. 161

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidiakanzlei
des Führers und Reichskanzlers

In Vertretung

Berlin W 8
Boßstraße 4

(Dieser Raum ist der Präsidiakanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

hierzu ist bei RB. 3007, 43 verfügt.

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faksimilierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Führer-Hauptquartier, den 12. März 1943

Der Führer und Reichskanzler
adolf Hitler

Präsidiakanzlei Berlin, den 16. März 1943

1. Die unter obestehender Orts- und Datums-
angabe mit der faksimilierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
tigte Urkunde geht mit Anschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

Zu 1.

ab 1. 3. 43
mit 1. Einl.

2. Zu den Akten.

gez. Dr. Meißner

| 1 a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort | 2 Beamtenstellung a) jetzt b) künftig | 3 a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932 | 4 a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder |
|--|--|---|--|
| 541068 (11) a) B o s s h a m m e r b) Fritz c) 20.12.1906 d) Opladen, Krs.Solingen (Ehefrau geb. am 31.8.1911) | a) Reg.Assessor b) Reg.Rat | a) Berlin b) bis 31.12.35 Opladen, Wil- helmstr. 40, bis 30.9.37 Düsseldorf-Ober- kassel, Colum- busstr.29, bis 30.9.40 Aachen, Bis- marckstr.120, ab 1.10.40 Wiesbaden, Pau- linenstr.9 und Kapellenstr.68 | a) gottgl. b) verh.seit 10.10.36 c) 3 Kinder <i>Wirt. Hofamt, 4.4.41</i> <i>Städt. Verwaltung, 7.4.40</i> <i>Landesamt, 9.41</i> |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Einstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgeschlagene nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Ehefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|---|---|--|---|
| <p>Die erste juristische Staatsprüfung am 12.1.31 mit der Note "ausreichend" und</p> <p>die grosse Staatsprüfung am 22.8.35 ebenfalls mit der Note "ausreichend" bestanden.</p> | <p>23.1.31</p> | <p>Vom 23.1.31 bis 25.3.35 juristischer Vorbereitungsdienst im Bezirk d. Oberlandesgerichts Düsseldorf.</p> <p>Vom 23.8.35 bis 30.9.37 hauptamtlicher Referent und Mitarbeiter in der HJ.</p> <p>Vom 1.10.37 bis 30.4.41 hauptamtlicher Referent und Untersuchungsführer im SD des RF/7.</p> <p>Am 2.5.41 zur probeweisen Beschäftigung beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wiesbaden einberufen.</p> <p>Am 27.10.41 zur Staatspolizeistelle in Kassel versetzt.</p> <p>Am 9.1.1942 zum Reichssicherheitshauptamt in Berlin zur Dienstleistung beim Referat IV B 4 versetzt.</p> <p>Am 1.5.1942 unter Ernennung zum Reg.Assessor endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernommen.</p> | <p>a) ja</p> <p>b) durch Urkunden</p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|--|---|--|--|--|---|--|
| <p>Bei Abweichung von den Reichsgrundätzen: Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?</p> | <p>Militärverhältnis a) früher (Frontkämpfer? Kriegsbeschädigter?) b) jetzt</p> | <p>a) Mitglied der NSDAP? b) Seit wann? c) Mitglieds-Nr. d) Ämter in der Partei? e) Dienstgrad und Führer-Stelle in SA, SS, NSKK, NSKK, HJ usw. (Angabe des Sturms usw.)</p> | <p>Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Ämter?)</p> | <p>Hat der Beamte a) Vogen b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beamtenorganisationen angehört? Zu a) und b): Von wann bis wann? Vogengrad oder führende Stelle?</p> | <p>Strafen a) der ordentlichen Gerichte b) der Parteigerichte</p> | <p>Bemerkungen</p> |
| <p>---</p> | <p>a) --- b) Gefr. d. Res.</p> | <p>a) ja b) 1.5.33 c) 2326130 d) --- e) // - H' Stuf. im SD des RF //</p> | <p>---</p> | <p>---</p> | <p>---</p> | <p>Der Erlass des Generalbevollmächtigten für d. Reichsverwaltung v. 20. 4. 40 - GBV 2300 III/4o 512 - ist beachtet (B. ist uk gestellt)</p> |

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

- 5. Juni 1970

Berlin, den



DDR

6

Beglaubigte Abschrift.

Der Reichs- und Preussische
Minister des Innern.
III B I 2098/35.

Berlin, den 11. Februar 1935.
NW.40, Königsplatz 6.

Schnellbrief

Zu K.44¹¹ Beamte VI 20/34 vom 7. Dezember 1934
K.44¹¹ Stasch 1972 I 6/34 vom 18. Dezember 1934
K.44¹¹ Frerichs 565.7/35 vom 29. Januar 1935.

Den Kriminalassistenten F r e r i c h s in Berlin ordne ich mit sofortiger Wirkung auf länger als 14 Tage zur Dienstleistung in dem staatlichen Konzentrationslager in Lichtenburg, Kreis Torgau, ab. Ich ersuche ergebenst, den Beamten anzuweisen, sich alsbald bei dem Lagerkommandanten zum Dienstantritt zu melden.

Der stellv. Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei hat in Aussicht genommen, den Beamten im Falle der Bewährung in die in dem Etat des Konzentrationslagers Lichtenburg vorhandene Kriminalbeamtenstelle zu übernehmen.

Die Kommandantur des staatlichen Konzentrationslagers Lichtenburg ist benachrichtigt.

1 Bd. Personalakten Bonse, 2 Bd. Personalakten Stasch, 1 Bd. Personalakten Frerichs folgen zurück.

Im Auftrage
gez. H a l l

L.S.

Beglaubigt:
gez. Schoeneberg
Verwaltungssekretär.

An
den Herrn Polizeipräsidenten

in B e r l i n .

Für richtige Abschrift:



Harguandt
Kanzleisekretär.

Preussische Geheime Staatspolizei
Der stellvertretende Chef u. Inspekteur

Br.-Nr. F 41 135 J.K.L.

Berlin SW 11, den 24. September 1935.
Prinz-Albrecht-Straße 8

Gemäss Erlass vom 19. September III B I 2098 III 35 - hat
der Herr Reichs- und Preussische Minister des Innern Sie
mit Wirkung vom 1. September 1935 ab aus dienstlichen Rück-
sichten und unter Gewährung der bestimmungsmässigen Umzugs-
kosten zur Geheimen Staatspolizei (Konzentrationslager
Lichtenburg) versetzt.

Im Auftrage:

Emma

Herrn Kriminalassistenten Frerichs
in Lichtenburg b/Prettin
Staatliches Konzentrationslager.

Weimar, den 1. Dezember 1941

- I E 1 -

An

die Polizeikasse Weimar

in Weimar

Der Kriminalsekretär Wilhelm F r e r i c h s
in Weimar - Buchenwald gemäß Erlaß des Reichssicherheitshaupt-
amtes v. 15.11.41 - I A 2 c B.Nr. 9746/41 - mit Wirkung vom 1.12.1941
von der Staatspolizeileitstelle Berlin zur Staatspolizeistelle Weimar
Er - ~~ist~~ ist Beamter auf Lebenszeit - ~~ist~~ ^{Versetzung} versetzt worden.

Auf Grund dieser ~~Entscheidung~~ wird - er - ~~ist~~ vom 1. Dezember 1941 an
- ~~ist~~ in eine - ~~Planmäßige~~ freie Kriminalsekretärstelle BesGr. A 7 a als
Kriminalsekretär
bei der Geheimen Staatspolizei-Staatspolizeistelle Weimar-
eingewiesen - ~~einsetzt~~ ^{eingewiesen} worden ~~weiterbeschäftigt~~. Er ist mit Bezügen bis Ende Dezember
1.1.1942 1941 abgefunden.
Von diesem Tage an sind ihm - ~~entfallen~~ ^{entfallen} - Dienstbezüge nach folgenden

Unterlagen zu zahlen:

| | | |
|----|---|--|
| a) | Vor- und Familienname | Wilhelm F r e r i c h s |
| b) | Geburtstag | 16. August 1900 (nullnull) |
| c) | Amtsbezeichnung | Kriminalsekretär |
| d) | Wohnort (Straße, Nr.) | Weimar - Buchenwald |
| e) | Dienststellung - Bei Verf.-Anwärtern beizufügen: (V.A.) - | Kriminalsekretär |
| f) | Dienstbehörde (Dienststelle) | Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Weimar |
| g) | Reichs-Bef.-Gruppe (Anfangs- und Endgrundgehalt) - Bd. vom 16.12.27 usw. - | A 7 a (A sieben a) (2350-3500 RM Grundgehalt jährlich) |
| h) | BdA. | 1. November 1932 (zweiunddreissig) |
| i) | DDA. (StAnwDA.) | entfällt |
| k) | Wohnungsgeldzuschuß (Ortsklasse, Tarifklasse) | A a V (fünf) |
| l) | Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) | verheiratet |

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

7



Reproduktion einer Fotografie des
HARTENBERGER, Richard
geb. am 27. 4. 1911 in Wien

Quelle: Bewerbung um Verwendung in der Sicherheits-
polizei und im SD. Für die Kolonien.

1

BEWERBUNG UM VERWENDUNG IN DER SICHERHEITSPOLIZEI UND IM SD. FÜR DIE KOLONIEN.

Name: Hartenberger

Vorname: Richard

geboren am: 27.4.1911. in: Wien.

77-Dienststrang Bewerber

Pol.-Dienststellung:

Dienststelle: Zentralstelle für jüd. Auswanderung Wien.

Bei Abordnung auch Heimatdienststelle:

Wohnung (Ort, Strasse): Wien. 5/55 Jahngasse 39/9

Familienstand (led.verh.gesch.verw.): verheirat.

Kinder (Zahl, Alter): keine

Schulbildung (Abschlussprüfung): 5.K.Volks 3.K.Bürgerschulen
3.K.Fortbildungsschulen.

Berufsausbildung (vor Eintritt in Polizei oder SD):
Steindrucker staatl.gepr. Schwimmeister.

Polizeiliche Prüfungen: (auch Sonderausbildung)

Sprachkenntnisse (geläufig od.schulmässig):

Technische Kenntnisse (Führerschein, Zeichnen, funktechn.Kenntn.):

Etwaige frühere Auslands- oder Kolonialtätigkeit (Ort und Zeit):

Damalige Berufsstellung:

Kenntnisse in Eingeborensprachen:



Frühere Bewerbungen für den Kolonialdienst:
(wann und bei welcher Stelle vorgelegt):

Sind bei Familienangehörigen gesundheitliche
Schäden bekannt, die deren Übersiedlung in
die Kolonien ausschliessen? (ggf.welche?): nein.

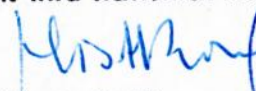
Besondere Bemerkungen:

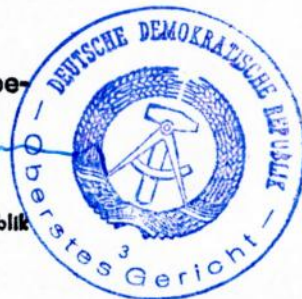
Ich bewerbe mich hiermit um Verwendung im Kolonialdienst
und versichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen
wahrheitsgemäss beantwortet habe.

Kartenberger, Richard
.....
(Eigenhändige Unterschrift)

(Mit Maschinenschrift auszufüllen)

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

8

Der Reichsminister des Innern

Pol. S I A 2 a Nr. 1099/42.

(Versorgungsberechtigte Stelle)

Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Eing.: -4 AUG 1942

RP 9305/42

Vorschlag zur Ernennung

- des

Regierungsassessors Hunsche

(Amtsbezeichnung, Name)

zum

Regierungsrat

(Amtsbezeichnung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A2c2 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

"Die Parteikanzlei hat Einwendungen
gegen die Ernennung nicht erhoben".

Berlin, den 1. August 1942.

An den

z. Zt. Feldbefehlsstelle.

In Vertretung

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8

Boßstraße 4

(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

hierzu ist bei K.P. 9842 / 42 vermerkt

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faksimilierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Führer-Hauptquartier den 13. August 1942

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 14. Aug. 1942

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faksimilierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
tigte Urkunde geht mit Anschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

Zu 1.
ab 14. AUG. 1942
mit Einl.

2. Zu den Akten.

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|---|---|---|--|
| <p>a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort</p> <p>a) H u n s c h e b) Otto c) <u>15.9.1911</u> d) Recklinghausen/Westf.</p> | <p>Beamtenstellung</p> <p>a) jetzt b) künftig</p> <p>a) Regierungs- assessor b) <u>Regierungsrat</u></p> | <p>a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932</p> <p>a) Berlin b) bis 1935 Mün- ster, Bispinghof 6, bis 1937 Reck- linghausen, Dort- munder Str. 109, Bis Juni 1938 in Hamm, Arminstr. 16, bis 1938 in Mese- ritz, Jastrow u. Unruhstadt, 1939 Elbing, Mese- ritz, Marienburg, Stuhm Wpr., Marien- burg, Meseritz u. Elbing. Bis Sept. 1940 in Berlin-Friedenau, Wiesbadner Str. 1, bis XXXX März 1942 in Düssel- dorf, Hüttenstr. 51 u. Neanderstr. 26 seit April 1942 in Berlin-Charlot- tenburg, Meer- scheidtstr. 4.</p> | <p>a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder</p> <p>a) gottgl. b) verh. <u>11.11.39</u> c) 1 Kind</p> |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgechlagene nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Chefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|--|---|---|--|
| <p>1. juristische Staatsprüfung am 12.2.1935 mit der Note "ausreichend" die große Staatsprüfung am 29.8.1938 mit der Note "ausreichend" bestanden.</p> | <p>18.3.35 ✓ 1.11.38</p> | <p>Vom 1.11.38 bis 14.1.40 Hilfsrichter im Justizdienst bei verschiedenen Gerichten. Ab 15.1.40 Probeassessor bei der Staatspolizeileitstelle in Berlin, vom 1.10.40 bis 21.11.41 bei der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, seit dem 22.11.1941 im Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Ernennung zum Regierungsassessor am 1.1.1941 mit dem Dienstalter vom 15.1.1940.</p> | <p>a) ja b) Durch Urkunden</p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|---|---|--|--|---|---|
| <p>Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen:</p> <p>Ob die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?</p> | <p>Militärverhältnis</p> <p>a) früher (Frontkämpfer? Kriegsbeschädigter?)</p> <p>b) jetzt</p> | <p>a) Mitglied der NSDAP?</p> <p>b) Seit wann?</p> <p>c) Mitglieds-Nr.</p> <p>d) Amt in der Partei?</p> <p>e) Dienstgrad und Führer-Nr. in SA, SS, NSKK, NSKK, SA usw. (Angabe des Sturms usw.)</p> | <p>Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Ämter?)</p> | <p>Hat der Beamte</p> <p>a) Legen</p> <p>b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beamtenorganisationen angehört?</p> <p>Zu a) und b): Von wann bis wann? Vorgesetzter oder führende Stelle?</p> | <p>Strafen</p> <p>a) der ordentlichen Gerichte</p> <p>b) der Parteigerichte</p> | <p>Bemerkungen</p> |
| <p>--</p> | <p>a) --</p> <p>b) Ersatzreserve I</p> | <p>a) ja</p> <p>b) 1.5.37</p> <p>c) 4877864</p> <p>d) --</p> <p>e) SA-Rottenführer - SA-Sturm 1/143 -</p> | <p>--</p> | <p>--</p> | <p>--</p> | <p>Der Erlaß des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung vom 20.5.40 - BV 2300 III/40 512 - ist beachtet (Hunsche ist uk. gestellt).</p> |

DDR

9



Reproduktion einer Fotografie des
KRELL, Karl
geb. am 15. 2. 1906 in Wriezen a/O.

Quelle: Bewerbung um Verwendung in der Sicherheits-
polizei und im SD. Für die Kolonien.

BEWERBUNG UM VERWENDUNG IN DER
SICHERHEITSPOLIZEI UND IM SD.FÜR
DIE KOLONIEN.

Name: K r e l l

Vorname: Karl

geboren am: 15.2.1906 in: Wriezen a/O.

44-Dienststrang: 44-Hauptscharführer

Pol.-Dienststellung: Kriminal-Oberassistent

Dienststelle: Staatspolizeileitstelle Berlin

Bei Abordnung auch Heimatdienst=
stelle: -----

Wohnung (Ort, Straße): Bln.-Reinickendorf/Ost,
Huttwilerweg 3

Familienstand(~~XXX~~. verh. ~~XXXXXXXXXXXX~~): verh.

Kinder (Zahl, Alter): Zwei, 7 und 5 Jahre

Schulbildung(Abschlußprüfung): Realgymnasium Quarta - Bei Einstellung
in die Polizei als Bürgerschule gewertet.

Berufsausbildung(vor Eintritt in Polizei oder SD): Konditor u.Koch.

Polizeiliche Prüfungen: (auch Sonderausbildung)Schutzpolizei-A I (M I)
Geh.-Staatspolizei - Fachprüfung I

Sprachkenntnisse (geläufig od.schulmäßig): -----

Technische Kenntnisse(Führerscheine, Zeichnen,
funktechn.Kenntn.): -----

Etwaige frühere Auslands-oder Kolonialtätigkeit
(Ort und Zeit): n e i n

Damalige Berufsstellung: -----

Kenntnisse in Eingeborensprachen: n e i n

Frühere Bewerbungen für den Kolonialdienst:
(wann und bei welcher Stelle vorgelegt): n e i n

Sind bei Familienangehörigen gesundheitliche Schäden
bekannt, die deren Übersiedlung in die Kolonien ausschließen?
(ggf.welche?): n e i n

Besondere Bemerkungen: ./.

Ich bewerbe mich hiermit um Verwendung im Kolonialdienst und ver-
sichere dienstlich, daß ich die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäß
beantwortet habe.



.....
(Eigenhändige Unterschrift)

(Mit Maschinenschrift ausfüllen)

Die Übereinstimmung des Textes ...
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

[Handwritten signature]
Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den 5. Juni 1970

DER

AD

Pol. S I A 2^a (neu) Nr. 1125/41.

(Vorschlagsberechtigte Stelle)

Präsidentkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Eing.: -6 JUN 1941

RP 6152/41

Vorschlag zur Ernennung

des

Regierungsassessors Dr. K u n z zum Regierungsrat

(Amtsbezeichnung, Name)

(Amtsbezeichnung)

der Reichsbefoldungsgruppe A2a2 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

"Die Parteikanzlei hat Einwendungen gegen die Ernennung nicht erhoben".

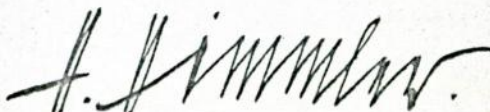
B e r l i n, den 29. M a i 1941

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8
Boßstraße 4

In Vertretung



(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Dierzu III bei K.B. 6222 / 41 verlegt

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faksimilierten Unterschrift auszu-
fertigen.

St. rer- Hauptquartier, den 7. Juni 1941

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 9. Juni 1941

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faksimilierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
tigte Urkunde geht mit Einschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

2. Zu den Akten.

gez. Dr. Meissner

1.
9. 6. 41
mit Ent.

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|---|--|---|---|
| <p>a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort</p> <p>a) Dr. R u n n e b) Edwin c) <u>15.8.1901</u> d) Wien</p> | <p>Beamtenstellung</p> <p>a) jetzt b) künftig</p> <p>a) Regierungs- assessor b) Regierungsrat</p> | <p>a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932</p> <p>a) Berlin b) Ab 1.1.1932 Wien XVI, Gallachergasse 57, ab 1.1.1934 Wien XVI, Fosslengergasse 59/61.</p> | <p>a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder</p> <p>a) gottglän- big, b) verheiratet c) 3</p> |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgesetzte nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Ehefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|--|---|--|--|
| <p>rechtshistorische Prüfung am 20.4.1934 mit der Note "genügend"</p> <p>judizielle Prüfung am 2.12.1936 mit der Note "genügend"</p> <p>staatswissenschaftliche Prüfung am 17.6.1937 mit der Note "genügend"</p> <p>praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung am 31.8.1938 mit der Note "gut" bestanden.</p> <p>Promotion zum Dr. jur. am 21.12.1937.</p> | <p>9.2.26</p> | <p>Am 9.2.1926 als provisorischer Sicherheitswachmann bei der Bundespolizeidirektion Wien eingetretten.</p> <p>Am 1.2.1928 als Sicherheitwachmann angestellt.</p> <p>Am 1.2.1934 zum Polizeioberwachmann ernannt.</p> <p>Seit 14.3.1938 in konzeptiver Verwendung.</p> <p>Vom 2.11.1938 ab im höheren Dienst bei der Staatspolizeileitstelle in Wien beschäftigt.</p> <p>Am 1.1.1940 unter Ernennung zum Regierungsassessor endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernommen.</p> <p>Am 2.7.1940 zur Dienstleistung bei der Staatspolizeileitstelle in Berlin abgeordnet.</p> | <p>a) <u>ja</u></p> <p>b) <u>durch Urkunden</u></p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|---|---|--|---|---|-------------|
| Bei Abweichung von den Reichs- grundgesetzen? Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt? | Militärverhältnis a) früher (Frontkämpfer? Kriegabgeschädigter?) b) jetzt | a) Mitglied der NSDAP? b) Seit wann? c) Mitglieds-Nr. d) Amt in der Partei? e) Dienstgrad und Führer- stelle in SA, SS, NSKK, NSKK, SA usw. (An- gabe des Sturms usw.) | Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Amt?) | Hat der Beamte a) Voten b) vor dem 30 Januar 1933 staatsfeindlichen Beam- tenorganisationen angehört? Zu a) und b): Von wann bis wann? Votengrad oder führende Stelle? | Strafen a) der ordentlichen Gerichte b) der Parteigerichte | Bemerkungen |

a) ---

b) Ers. Res. I

a) ja

b) 16.6.33

c) 6255772

d) ---

e) W-Ober-
 sturmfüh-
 rer im SA
 des RWA

zwangsweise
 Mitgl. der
 VF.,
 keine Äm-
 tor.

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

M

Pol.S.V.3 Nr.524/37

(Vorschlagsberechtigige Stelle)

Präsidialkanzlei

RP 10715 / 38

16. NOV. 1938

Vorschlag zur Ernennung

des

Reg.Assessor Herbert Müller

(Amtsbezeichnung, Name)

zum Regierungsrat

(Amtsbezeichnung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A2c2 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

Der Stellvertreter des Führers hat Einwendungen gegen die Ernennung nicht erhoben.

Berlin, den 10. November 1938.

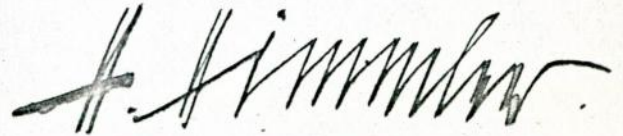
An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8

Boßstraße 1

In Vertretung



(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Hierzu ist bei NB. 10983 / 38 verfügt:

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faksimilierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Berchtesgaden, den 22. November 1938

Der Führer und Reichskanzler

ad. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 23. Nov 1938

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faksimilierten Unterschrift
ab 23.11.38 des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
mit 1 Anl. tigte Urkunde ~~geh~~ mit Aufschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

2. Zu den Akten.

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|---|---|--|---|
| a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort a) Müller b) Herbert c) <u>25. Nov. 1908</u> d) Berlin | Beamtenstellung a) jetzt b) künftig a) Reg. Assessor b) <u>Reg. Rat</u> | a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932 a) Berlin b) Berlin O. 112, Souwestr. 15 | a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder a) gottgl. frühe ev. b) ledig c) ----- |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgeschlagene nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Chefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|---|---|---|---|
| <p>1. jur. Prüfung am 20.3.1931 mit der Note "ausreichend" und die 2. jur. Prüfung am 15. 5.1935 mit der Note "befriedigend" bestanden.</p> | <p>17.8.1931</p> | <p>Vorbereitungsdienst als Referendar im Bezirk des Kammergerichts in Berlin. Mit dem 10.9.1935 zur probeweisen Beschäftigung als Assessor bei der Staatspolizeileitstelle Berlin einberufen. Am 1.9.1936 unter Ernennung zum Reg.Assessor mit einem Dienstalder vom 10.9.1935 endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernommen.</p> | <p>a) ja b) Reichsstelle für Sippenforschung.</p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|--|---|--|---|--|--------------------|
| <p>Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen:</p> <p>Ob die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?</p> | <p>Militärverhältnis</p> <p>a) früher (Frontkämpfer? Kriegbeschädigter?)</p> <p>b) jetzt</p> | <p>a) Mitglied der NSDAP?</p> <p>b) Seit wann?</p> <p>c) Mitglieds-Nr.</p> <p>d) Amt in der Partei?</p> <p>e) Dienstort und Führerposten in NSDAP, NSDAP, NSDAP, NSDAP, NSDAP usw. (Angabe des Stimmens usw.)</p> | <p>Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Amt in)</p> | <p>Hat der Beamte</p> <p>a) gegen</p> <p>b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beamtenorganisationen angehört?</p> | <p>Estrafen</p> <p>a) der ordentlichen Gerichte</p> <p>b) der Parteigerichte</p> | <p>Bemerkungen</p> |
| <p>-</p> | <p>a) -----</p> <p>b) Ersatzreserve</p> | <p>a) ja.</p> <p>b) 1.5.1933</p> <p>c) 3471222</p> <p>d) --</p> <p>e) 77-Ober-scharführer im SD. des Reichsf-77.</p> | <p>-</p> | <p>-</p> | <p>-</p> | <p>-</p> |

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

13

(Vorschlagsberechtigte Stelle)

Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers
Eing.: 13 APR 1944

106

Vorschlag zur Ernennung RP 3306/44

des

Regierungsrats Friedrich S u h r zum Oberregierungsrat

(Amtsbezeichnung, Name)

(Amtsbezeichnung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A 2 b oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

Die Partei-Kanzlei hat Einwendungen gegen die Ernennung nicht erhoben.

Feld-Kommandostelle, den 8. April 1944

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8
Boßstraße 4

(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

hierzu ist bei H. B. 3640, 44

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Benannten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigem
Tage mit meiner faktisierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Führer-Hauptquartier, den 20. April 1944

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

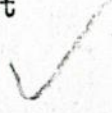
Präsidialkanzlei Berlin, den 17. April 1944

1. Die unter ebenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faktisierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
tigte Urkunde geht mit Einschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

Zu 1.
ab 7. 4. 44
mit Anl.

2. Zu den Akten.

gez. Dr. Meissner

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|--|--|--|---|
| a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort a) S u h r b) Friedrich c) 6.5.1907 d) Lüneburg (Ehefrau, geb. am 23.12.1914) | Beamtenstellung a) jetzt b) künftig a) Regierungsrat b) Oberregierungsrat  | a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932 a) Toulouse b) ab 1.1.32 Lüneburg, Grabengießerstr.3, ab Juni 1935 Celle, Schuhstr.51, ab Ende März 1936 Lüneburg, Grabengießerstr.3, ab 15.12.36 Düsseldorf, Königsallee 102, ab 4.3.1937 Berlin W 30, Barbarossastr.14, ab 1.6.37 Berlin W 30, Barbarossastr.3, seit 21.10.37 Berlin SW 29, Hasenheide 16 | a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder a) gottgläubig b) verheiratet seit 9.10.37 c) 3 (Knut, geb. 1.8.1938, Jürgen, geb. 12.12.1939, Geertje, geb. 8.2.43) |

| 5 Bildungsgang oder Nachweis der sonstigen Eignung | 6 Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst | 7 Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Anstellung sowie der letzten Beförderung) | 8 a) Bietet der Vorgesetzte nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Chefrau deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen? |
|--|---|---|---|
| <p>1. juristische Prüfung 22.4.32 ausreichend (be- friedigend)</p> <p>und die große Staatsprü- fung am 27.5.1936 mit der Note "ausreichend" be- standen.</p> | 7.5.32 | <p>Vom 7.5.32 bis 28.1.36 juristischer Vorberei- tungsdienst im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle,</p> <p>am 15.12.36 zur probe- weisen Beschäftigung bei der Staatspolizeileit- stelle Düsseldorf einbe- rufen,</p> <p>am 8.2.38 zum Geheimen Staatspolizeiamt Berlin versetzt,</p> <p>am 1.1.1938 unter Ernen- nung zum Regierungsses- sor endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernommen,</p> <p>am 22.6.39 zum Befehls- haber der Sicherheits- polizei und des SD in Prag abgeordnet,</p> <p>am 6.7.39 zum Regierungs- rat ernannt,</p> <p>ab 1.3.41 Leiter des Referats II A 3 (Justi- tial) im Reichssicher- heitshauptamt,</p> <p>ab 1.7.41 Leiter des Referats IV B 4 (Juden),</p> <p>ab 16.8.43 Führer eines Sonderkommandos im Ost- einsatz,</p> <p>ab 8.11.43 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Toulouse.</p> | <p>a) ja ✓</p> <p>b) Reichs- sippenamt ✓</p> |

| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|--|---|---|--|--|---|---|
| <p>Beifreiweichung von den Reichsgrundfähen:</p> <p>Die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?</p> | <p>Militärverhältnis</p> <p>a) früher (Frontkämpfer? Kriegabeschädigter?)</p> <p>b) jetzt</p> | <p>a) Mitglied der NSDAP?</p> <p>b) Seit wann?</p> <p>c) Mitglieds-Nr.</p> <p>d) Amter in der Partei?</p> <p>e) Dienstrang und Führer-stelle in SA, SS, NSKK, NSKK, SA usw. (An-gabe des Sturms usw.)</p> | <p>Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Ämter)</p> | <p>Hat der Beamte</p> <p>a) Lagen</p> <p>b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beam-tenorganisationen angehört?</p> <p>Zu a) und b): Von wann bis wann? Wegenarnd oder führende Stelle?</p> | <p>Strafen</p> <p>a) der ordentlichen Gerichte</p> <p>b) der Parteigerichte</p> | <p>Bemerkungen</p> |
| | <p>a) -</p> <p>b) Ge-freiter der Reserve u. Reserveof-fiziersanw.</p> | <p>a) ja</p> <p>b) 1.5.33</p> <p>c) 2623241</p> <p>d) -</p> <p>e) 1/4-Sturm-bannfüh-rer im SD des RF 1/4.</p> | <p>1923-1926 Deutsch-völkische Freiheits-partei</p> <p>1920-1927 Völkischer Parteiver-band "Hinden-burg"-unter Lu-dendorff (keine Ämter)</p> | <p>-</p> | <p>-</p> | <p>Der Erlaß des General-bevollmäch-tigten für die Reichs-verwaltung v. 20.5.194 , Betr. Beamten-beförderungen während des Krieges, ist beachtet. Eine Bena-teiligung der zum Wehr-dienst ein-gezogenen oder diesen gleichge-stellten Be-amten tritt durch die vorliegende Ernennung nicht ein.</p> |

Bewerbung um Verwendung in der Sicherheitspolizei
und im SD für die Kolonien.

Name: S u h r

Vorname: Friedrich

Geboren am: 6.5.07 in Lüneburg

Militärstrang: Sturmabteilführer

II.-Dienststellung: Regierungsrat

Dienststelle: Abgeordnet zum Amt II des RSHA, (stellv. Amtschef)

Wohnung (Ort, Strasse): Prag-Bubentzsch, Yorckstr. 2,
z. Zt. Berlin-Wilmersdorf, Imserstr. 12.

Familienstand (led. verh. gesch. verw.): verheiratet

Kinder (Zahl, Alter): Zwei im Alter von 2 Jahren und von 7 Monaten.

Schulbildung (Abschlussprüfung): Reifeprüfung (Abitur)

Berufsausbildung (vor Eintritt in Polizei oder SD):
Juristische Ausbildung

Polizeiliche Prüfungen: (auch Sonderausbildung) --

Sprachkenntnisse (gelfäufig oder schulmässig): Schulkenntnisse
Englisch u. Französisch

Technische Kenntnisse (Führerschein, Zeichnen, Funktechn. Kenntn.):
Führerschein III.

Stravaig frühere Auslands- oder Kolonialtätigkeit (Ort und Zeit):
Mehrere Auslandsreisen nach England, Frankreich und
Schweiz in den Jahren 1927 - 1930.

Jetzige Berufstellung: Schüler und Student

frühere Bewerbungen für den Kolonialdienst: -.-

(wann und bei welcher Stelle vorgelegt): -.-

Sind bei Familienangehörigen gesundheitliche Schäden

bekannt, die deren Übersiedlung in die Kolonien
ausschließen? (ggf. welche?) Ja Nein

Besondere Bemerkungen:

Ich bewerbe mich hiermit um Verwendung im Kolonialdienst
und versichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen
wahrheitsgemäss beantwortet habe.

Friedrich Pel
(Eigenhändige Unterschrift)

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

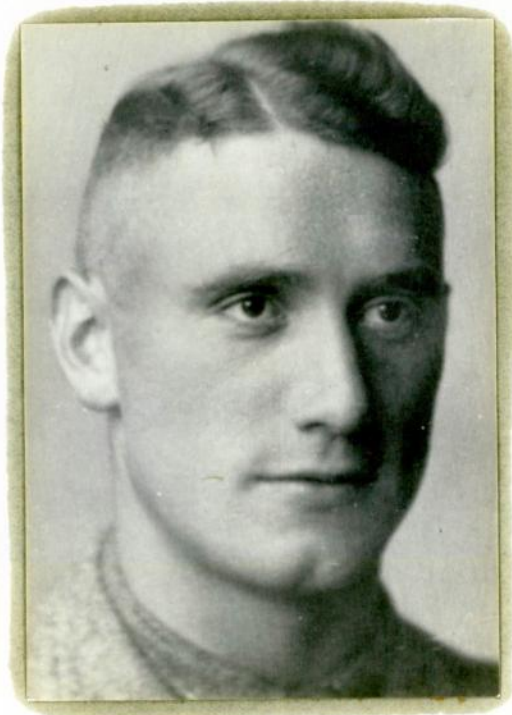
hs M
Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

14



Reproduktion einer Fotografie des
SCHWÖBEL, Georg, Richard
geb. am 9. 11. 1913 in Zotzenbach/Odenwald

Quelle: Bewerbung um Verwendung in der Sicherheits-
polizei und im SD. Für die Kolonien.

BEWERBUNG UM VERWENDUNG IN DER SICHERHEITS-
POLIZEI UND IM SD. FÜR DIE KOLONIEN.



Name: S c h w ö b e l
 Vorname: Georg, Richard
 geboren am .9. November 1913..... in: Zotzenbach/Odenwald
 W-Dienststrang: W-Oberscharführer
 Pol.-Dienststellung: Krim.Assistent
 Dienststelle: Reichssicherheitshauptamt - I B. 3. -
 Bei Abordnung auch Heimatdienststelle: ./.
 Wohnung (Ort und Strasse): Berlin - C 2, Burgstrasse 26

Familienstand (led., verh., gesch., verw.): *ledig* *Profibrot will leitet*
 Kinder (Zahl, Alter): ./.
 Schulbildung (Abschlußprüfung): Volksschule

Berufsausbildung (vor Eintritt in die Polizei oder SD): ohne
 Poliz.Prüfungen: (auch Sonderausbildung): Fachprüfung I
 Sprachkenntnisse (geläufig oder schulmäßig): keine
 Technische Kenntnisse (Führerscheine, Zeichnen, funkt.Kenntnisse):
 keine

Etwaige frühere Auslands- oder Kolonialtätigkeit (Ort und Zeit):
 nein

Damalige Berufsstellung: ./.

Kenntnisse in Eingeborenen-sprachen: nein

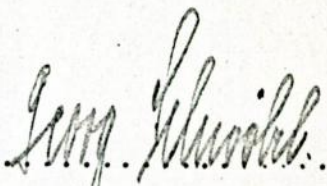
Frühere Bewerbungen für den Kolonialdienst: nein
(wann und bei welcher Dienststelle vorgelegt): ./.

Sind bei Familienangehörigen gesundheitliche Schäden bekannt, die deren Übersiedlung in die Kolonien ausschließen? (ggf. welche)?: ./.

Besondere Bemerkungen: Im Oktober d.J. erfolgt die Eheschließung mit Fräulein Magdalene B i e l k e, wohnhaft in Berlin - SW 61, Hornstrasse 11. Das polizeiärztliche Gesundheitszeugnis der B. ist beigelegt.

Ich bewerbe mich hiermit um Verwendung im Kolonialdienst und versichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäss beantwortet habe.

Berlin, den 6. September 1940

..... 

Eigenhändige Unterschrift.

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik



Berlin, den - 5. Juni 1970

DDR

15



Reproduktion einer Fotografie des
STOCK, Walther
geb. am 26. 7. 1904 in Höchst am Main

Quelle: Bewerbung um Verwendung in der Sicherheits-
polizei und im SD. Für die Kolonien.

B E W E R B U N G

IN DER SICHERHEITSPOLIZEI UND IM SD.

FÜR DIE KOLONIEN.

Name: S t o c k
Vorname: Walther
geboren am: 26.7.04 in: Höchst am Main
W-Dienststrang: W-Hauptsturmführer
Pol.-Dienststellung: Hilfs-Kriminal-Kommissar
Dienststelle: Stapo B 1



Bei Abordnung auch
Heimatsdienststelle: -

Wohnung (Ort, Strasse): Berlin-Steglitz, Birkebuschgarten 10

Familienstand verheiratet
(led., verh., gesch., verw.):

Kinder (Zahl, Alter): 1 Sohn, 2 1/4 Jahre alt

Schulbildung Abitur, human. Gymnasium
(Abschlussprüfung):

Berufsausbildung (vor Ein-
tritt in Polizei oder SD): Bauingenieurwesen (ohne Abschluss-
prüfung)

Polizeiliche Prüfungen:
(auch Sonderausbildung): Kommissar-Prüfung

Sprachkenntnisse Schul-Französisch
(geläufig od. schulfremd):

Technische Kenntnisse (Führer-
scheine, Zeichnen, funktechni-
sche Kenntnisse): Führerschein Kl. III

Etwaige frühere Auslands- oder
Kolonialtätigkeit (Ort u. Zeit): -

Damalige Berufsstellung: -

Kenntnisse in Eingeborenen-
sprachen: -

Frühere Bewerbungen für den Kolonial-
dienst: (wann und bei welcher Stelle
vorgelegt): nein

Sind bei Familienangehörigen
gesundheitliche Schäden bekannt,
die deren Übersiedlung in die Kolonien ausschliessen?
(ggf. welche?) nein

Besondere Bemerkungen: keine

Ich bewerbe mich hiermit um Verwendung im Kolonialdienst und versichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäss beantwortet habe.

Walter Frank

(Eigenhändige Unterschrift).

(Mit Maschinenschrift auszufüllen).

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.


Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, d. n. - 5. Juni 1970



DDR

16

Unterlagen des Reichsversammlungs
bes 1/5 1165 (KSTWA)

DDR

A7

213

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 30. Dezember 1941.

B.Nr. 5740/38 - IV A 2 -

An

die Staatspolizeileit- bzw. Staatspolizeistellen,
die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,
die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD,
die Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD,
die Grenzinspektoren I - III.

Nachrichtlich

an

die Höheren SS- und Polizeiführer,
das Referat II A 1 zur Sammlung "Runderlasse",
das Referat I B 3 (12 Exemplare),
IV-Geschäftsstelle (2 Exemplare).

Betr.: Strafrechtliche Behandlung ehemaliger Rotspanien-
kämpfer.

Bezug: Mein Erlaß vom 25.9.40 - IV A 2 5740/38 -

Von den ordentlichen Gerichten sind in letzter Zeit eine Anzahl ehemaliger aus dem unbesetzten Frankreich zurückgekehrter Rotspanienkämpfer deutscher Nationalität allein wegen ihrer Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg aus seiten der Roten wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden. Da das Gesetz über die Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg am 4.5.39 außer Kraft getreten ist (RGBl. I, Seite 907), wird das Reichsjustizministerium den Generalstaatsanwälten Anweisung erteilen, die Entlassung dieser Personen aus der Strafhaft in die Wege zu leiten. Das Reichsjustizministerium wird darüberhinaus die Generalstaatsanwälte anweisen, vor Haftentlassung bei der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle anzufragen, ob von ihr Rücküberstellungsantrag gestellt wird.

./.

Ich ordne daher an, daß die von der Justiz zur Entlassung kommenden Rotspanienkämpfer ausnahmslos für die Dauer des Krieges einem Konzentrationslager - Stufe I - zuzuführen sind, zumal ihre Entlassung eine unbillige Härte gegenüber denjenigen Rotspanienkämpfern darstellen würde, die sofort nach Grenzübertritt einem Konzentrationslager überstellt wurden. Ich weise jedoch darauf hin, daß es sich bei den von der Justiz zur Entlassung kommenden Rotspanienkämpfern nur um solche Personen handelt, die durch die ordentlichen Gerichte allein wegen ihrer Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg verurteilt worden sind und daß sich die Entlassung nicht auf diejenigen erstreckt, die bereits vor ihrer Abwanderung nach Spanien in Deutschland oder in der Emigration hoch- bzw. landesverräterisch gegen das Reich tätig geworden sind und deren Verurteilung wegen dieser Straftaten erfolgt ist.

In Vertretung:
gez.: M ü l l e r

(Siegel)

Beglaubigt:
gez.: Unterschrift
Kanzleiangestellte

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Darmstadt, den 6. Februar 1942.



Hell
Angestellte.

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Bed. n. den - 5. Juni 1970



DDR

18

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 14. Januar 43

IV D 2 c - 450/42 g - 81 -

Geheim!

An alle

Höheren ~~W~~- und Polizeiführer
Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD
Inspektoren der Sicherheitspolizei
und des SD
Kommandeure der Sicherheitspolizei
und des SD

| |
|-------------------------------------|
| Befehlshaber der Sicherheitspolizei |
| 29. Jan. 1943 |
| 10/69/43 g. |

den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD
für den Bereich des militärischen Befehlshabers
Belgien in Brüssel

alle

Staatspolizei-leit-stellen

Nachrichtlich

dem Amt I (12 Stück für I B 3)

dem Amt II (2 Stück für II A 1)

dem Amt IV (je 1 Stück für alle Referate ausser IV C 1)

Betrifft: Durchführungsbestimmungen für Exekutionen.

Bezug: Erlass vom 17.10.1940. - B.Nr. IV 4308/40 geheim -

Anlagen: 1 - nachgeheftet -

Anbei übersende ich Abdruck der neugefassten Durchführungsbestimmungen für Exekutionen zur genauesten Beachtung. Die bisher geltenden Durchführungsbestimmungen, die mit Erlass vom 17.10.1940 - B.Nr. IV 4308/40 g - übersandt wurden, sowie die ergänzenden Runderlasse vom 10.12.1940 - S IV D 2 a - 3382/40 - und vom 18.7.1942 - IV D 2 - 240/42 gRs. - 4 - werden hiermit aufgehoben. Die dort vorhandenen Stücke dieser Erlasse sind unter Beachtung der bestehenden Vorschriften zu vernichten.

In Vertretung:

gez. Müller.

Beglaubigt:

Beauftragte.



na.

Der Reichsführer-
und

Berlin SW 11, den 6. Januar 1943

Chef der Deutschen Polizei
S IV D 2 - 450/42 g - 81 -

Geheim!

Durchführungsbestimmungen für
Exekutionen.
=====

I. Vorbehandlung.

- a) Alle Sonderbehandlungsfälle sind ebenso gründlich wie beschleunigt zu bearbeiten. Der Tatbestand ist in klarer, knapper Form darzustellen. Gründe, die einer Exekution entgegenstehen, sind anzugeben.
- b) Bei Fremdvölkischen sind die Sondererlasse zu beachten, nach denen zum Teil besondere Unterlagen beizufügen sind (Beurteilung über Eindeutschungsfähigkeit usw.).
- c) Sonderbehandlungsvorschläge für Deutsche und Angehörige stammesgleicher Rassen müssen Angaben über die Familienverhältnisse (Zahl der Kinder), den Beruf sowie das politische und kriminelle Vorleben enthalten. Ferner sind beizufügen:
 1. ein neueres Lichtbild,
 2. eine charakterliche Beurteilung,
 3. ein auf den neuesten Stand gebrachter Strafregisterauszug.

II. Befehlsdurchgabe.

- a) Die Anordnung der Exekution erfolgt mittels Schnellbriefes oder FS an die zuständige Staatspolizei-leit-stelle bzw. den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. Diese Dienststelle hat von der Anordnung zu verständigen:
 1. den Höheren W- und Polizeiführer,
 2. den Befehlshaber bzw. den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD.

Die Anordnung wird gezeichnet vom Chef des Amtes IV des RSHA. oder von einem besonders Beauftragten.

- b) Falls die Exekution im KL durchgeführt wird, setzt sich die Staatspolizei-leit-stelle unverzüglich mit dem Lagerkommandanten in Verbindung und teilt den Zeitpunkt der Überstellung des Häftlings mit. Gleichzeitig leitet sie diesem eine beglaubigte Abschrift der Exekutionsanordnung zu.
- c) Bestätigte Standgerichtsurteile sind auf Antrag des Leiters der Dienststelle des Standgerichtes auch ohne Weisung des RSHA. zu vollziehen.

III. Durchführung der Exekutionen.

Die Exekutionen erfolgen bei deutschen Häftlingen in der Regel im KL., und zwar grundsätzlich im Lager, das dem Haftort des Delinquenten am nächsten liegt. Bei ausländischen Häftlingen werden sie aus Abschreckungsgründen auch in der Nähe des Tatortes vorgenommen.

A) Exekution im Lager.

a) Der Exekution haben beizuwohnen:

Der Lagerkommandant oder ein von ihm beauftragter W-Führer, der Lagerarzt.

b) Die Erschiessungen erfolgen an einer besonders bestimmten Stelle des Lagers, und zwar im Abstand von etwa 2 Metern von dem Kugelfang. Der Delinquent ist zu befragen, ob er mit dem Gesicht oder dem Rücken gegen die Wand stehen will.

Die Erschiessung wird unter dem Befehl eines W-Untersturmführers oder W-Scharführers von mindestens 6 W-Männern ausgeführt, die etwa 5 Schritte von dem Verurteilten entfernt aufzustellen sind.

c) Erhängungen sind durch einen Schutzhäftling durchzuführen. Sie haben so zu erfolgen, dass ein Versagen der mechanischen Einrichtungen ausgeschlossen ist. Der Schutzhäftling erhält für den Vollzug 3 Zigaretten.

d) Kurz vor der Exekution ist dem Delinquenten in Gegenwart der beteiligten W-Männer vom Lagerkommandanten bzw. dessen beauftragten W-Führer zu eröffnen, dass er exekutiert wird. Die Bekanntgabe hat etwa in folgender Form zu erfolgen:

" Der Delinquent hat das und das getan und damit wegen seines Verbrechens sein Leben verwirkt. Zum Schutze von Volk und Reich ist er vom Leben zum Tode zu befördern. Das Urteil werde vollstreckt."

e) Dem Delinquenten sind vertretbare Wünsche möglichst zu erfüllen.

f) Lichtbilder oder Filme dürfen von der Durchführung der Exekution nicht aufgenommen werden. Ausnahmen bedürfen

meiner

meiner besonderen Genehmigung.

- g) Nach der Exekution bestätigt der Lagerarzt schriftlich den eingetretenen Tod (mit Zeitangabe). Dem Reichssicherheitshauptamt - Amt IV - ist sofort fernschriftlich kurze Vollzugsmeldung zu erstatten. Eine Übermittlung des Exekutionsprotokolls oder der Todesbescheinigung ist in Zukunft nicht mehr erforderlich. Diese sind bei der exekutierenden Stelle aufzubewahren.
- h) Nach jeder Exekution sind die daran beteiligten W-Männer bzw. Beamten durch den Lagerkommandanten oder den von ihm beauftragten W-Führer über die Rechtmässigkeit der Exekution aufzuklären und in ihrer inneren Haltung so zu beeinflussen, dass sie keinen Schaden nehmen. Hierbei ist die Notwendigkeit der Ausmerzungen aller solcher Elemente im Interesse der Volksgemeinschaft besonders hervorzuheben.

Die Aufklärung ist iatwirklich kameradschaftlicher Weise vorzunehmen. Sie kann von Zeit zu Zeit in Form eines kameradschaftlichen Beisammenseins erfolgen.

B. Exekution ausserhalb des Lagers.

- a) Der Exekution haben beizuwohnen:

Der Leiter der Staatspolizei-leitstelle oder ein von ihm beauftragter W-Führer seiner Dienststelle,
ein Amts- oder W-Arzt.

- b) Die Exekutionen sind an einem geeigneten, von aussen nicht einzusehenden Orte (Steinbruch, Waldstück usw.) vorzunehmen. Innerhalb von Dörfern, Gehöften usw. werden sie nur in besonders bestimmten Ausnahmefällen vollzogen. Bei der Auswahl des Exekutionsplatzes sind nach Möglichkeit die Anregungen des zuständigen Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters sowie berechnigte Bedenken der Grundstückseigentümer zu berücksichtigen.

Bei

Bei der Durchführung der Exekution ist die Öffentlichkeit auszuschliessen, falls keine andere Weisung vorliegt. Jedoch bestehen gegen die Teilnahme von Vertretern der unmittelbar beteiligten Dienststellen von Partei und Staat keine Bedenken. Die Zahl der teilnehmenden Personen ist möglichst niedrig zu halten. Zur Absperrung und Sicherung des Richtplatzes sowie zur Begleitung des Delinquenten sind Kräfte der Ordnungspolizei erforderlichenfalls anzufordern. Eine Begleitung durch W-Führer hat zu unterbleiben.

Bei der Exekution von polnischen Zivilarbeitern und Arbeitskräften aus dem altsovietischen Gebiet (Ostarbeiter) sind - sofern nicht im Einzelfall eine andere Anordnung ergeht oder sonstige wichtige Gründe vorliegen (z.B. dringende Erntearbeiten) - die in der Umgebung eingesetzten Arbeitskräfte der gleichen Volksgruppe nach erfolgter Hinrichtung am Galgen vorbeizuführen und auf die Folgen eines Verstosses gegen die gegebenen Vorschriften hinzuweisen.

e) Die Erhängung ist durch Schutzhäftlinge, bei fremdvölkischen Arbeitern durch Angehörige möglichst der gleichen Volksgruppe, zu vollziehen. Die Schutzhäftlinge erhalten für den Vollzug je 3 Zigaretten.

d)bis f) Das unter 3 A d) bis f) Gesagte gilt sinngemäss.

g) Nach der Exekution stellt der Amts- oder W-Arzt eine Todesbescheinigung aus. Das zuständige Standesamt ist schriftlich über den Tod zu unterrichten. Jedoch ist die Todesursache nicht einzutragen.

Dem Reichssicherheitshauptamt - Amt IV - ist fernschriftlich Vollzugsmeldung zu erstatten.

Diese Meldung hat in kürzester Form zu enthalten:

1. Ort der Exekution,
2. Volkszugehörigkeit der vollziehenden Personen,
3. Aufnahme der Exekution durch die Bevölkerung.

h) Das unter 3 A h) Gesagte gilt sinngemäss.

Die Aufklärung und Betreuung der beteiligten W-Männer bzw. Beamten hat durch den Stapoleiter oder den von ihm be-

beauftragten H-Führer zu erfolgen.

IV. Weitere Massnahmen.

- a) Der verantwortliche Dienststellenleiter hat nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob die Leiche dem nächsten Krematorium zur Verbrennung zu überweisen oder der nächsten Universitätsklinik (Anatomie) zur Verfügung zu stellen ist. Falls die Überführung der Leiche in das nächste Krematorium oder die nächste Anatomie nur unter grossem Benzinverbrauch möglich ist, bestehen gegen die Beerdigung auf einem Judenfriedhof oder in der Selbstmörderecke eines grossen Friedhofes keine Bedenken.

Die entstehenden Kosten trägt die Geheime Staatspolizei.

- b) Die Verständigung der Angehörigen erfolgt grundsätzlich erst nach Durchführung der Exekution durch die örtlich und sachlich zuständige Staatspolizei-leit-stelle.

In den Fällen, bei denen es sich um kriminelle Verbrecher handelt, benachrichtigt die Staatspolizei-leit-stelle die sachlich zuständige Kriminalpolizei-leit-stelle, die ihrerseits die Verständigung der Angehörigen zu veranlassen hat.

Wohnen die Angehörigen des Exekutierten nicht im Reichsgebiet oder handelt es sich um in den eingegliederten Ostgebieten wohnende Polen, übernimmt das RSHA die evtl. erforderliche Verständigung.

Bei Ostarbeitern unterrichtet die zuständige Staatspolizei-leit-stelle das Arbeitsamt mit dem Hinweis, dass den Angehörigen die Todesursache nicht bekanntzugeben ist.

Der Inhalt der Verständigung deckt sich mit der gegebenenfalls herausgegebenen Pressenotiz.

- c) Ist der Exekutierte ein Deutscher, hat sich die Staatspolizei- bzw. Kriminalpolizei-leit-stelle erforderlichenfalls sofort mit den zuständigen Stellen der NSV., Frauenschaft usw. zum Zwecke der Betreuung der Hinterbliebenen in Verbindung zu setzen.

V. Presseveröffentlichungen.

Presseveröffentlichungen finden in der Regel nicht statt. In besonderen Fällen ist ein entsprechender Antrag zugleich mit dem Sonderbehandlungsvorschlag einzureichen.

VI. Geltungsbereich.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für das gesamte Reichsgebiet und das Protektorat, sowie für das Elsass, Lothringen und Luxemburg. Von den übrigen Dienststellen sind die Bestimmungen nur insoweit anzuwenden, als es die besonderen örtlichen Verhältnisse zulassen. Der jeweils verantwortliche \mathbb{W} -Führer hat jedoch dafür zu sorgen, dass bei aller notwendigen Härte keinerlei Brutalitäten vorkommen.

gez. H. H i m m l e r.



Beglaubigt:
Himmeler
anzleiangestellte.

na.

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den - 5. Juni 1970



DDR

19

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Jichenau/Moders-Schröttersburg

B.-Nr. II B 1 - 2759/40.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszettelchen und Datum angeben

Schröttersburg

Post-(Südostpr.), den 4. August

Paul-Sohn-Str. 5

Sprechsprecher: Nr. 1171-75

072

194 1.

An das

Reichssicherheitshauptamt
- IV A 4 -

in Berlin.

| | |
|--|---|
| Der NS St u. Chef d. Deutsch. Polizei im Reichsministerium des Innern Ordnungsabteilung Hauptamt | E- K- S- St- T- U- V- W- X- Y- Z- |
| Eing. 6-AUG. 1941 V. | U |
| 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. | S- St- T- U- V- W- X- Y- Z- |
| Post: 11.12.1-2 | |

Betr.: Monatsberichte über Maßnahmen gegen Geistliche beider Konfessionen.

Vorg.: Erlaß vom 26.7.1935 - II B 1 - 4896/35-.

Anlg.: Ohne.

A.

Für Monat Juli 1941 melde ich über Maßnahmen gegen evang. Geistliche

gip. abh. 2/19.
[zu Punkt I : Pfarrer Rudolf Kersten, Reichsdeutscher, geb. am 2.10.1891 in Modzerowo, wohnhaft in Ostenburg, Wrangel-Str. 7, verh., Pfarrer in Ostenburg.]

Kersten wurde eine staatspolizeiliche Warnung erteilt, weil er in Scharfenwiese ohne Erlaubnis in profanen Räumen Gottesdienst abgehalten hat.]

B.

Über Maßnahmen gegen katholische Geistliche melde ich für Monat Juli 1941

zu Punkt IV: 1.) Pfarrer Leo Adam Gutowski, Pole, geb. am 15.8.1896 in Schirps, wohnhaft in Zareby, Krs. Praschnitz;
2.) Pfarrer Alexander Roessler, Pole, geb. am 8.5.1883 in Pultusk, wohnhaft in Gzy, Amtsbez. Gozlowo, Krs. Ostenburg.

Gutowski wurde am 28.6.1941 in Zareby festgenommen. Trotz Verbots hatte er unter grosser Beteiligung der polnischen Bevölkerung von Zareby und Umgebung in Zareby eine

Fronleichnamsprozession ausserhalb kircheneigenen Grundbesitzes auf öffentlichen Strassen durchgeführt.

Ausserdem hat G. als polnischer Geistlicher eine ausserordentliche Aktivität entwickelt.

Roesler wurde am 30.6.1941 in Gzy festgenommen.

Er hat wiederholt ein staatsfeindliches Verhalten gezeigt und staatsabträgliche Äusserungen getan. Er brachte es fertig, etwa Mitte Juni 1941 einen deutschen Soldaten aufzufordern, die Mütze abzunehmen und äusserte dabei, daß er Pole sei und als Pole sterben würde. Dem zuständigen Amtskommissar gegenüber hat R. geäussert:

"Ich bin genau so Beamter, wie Sie und verlange auch so viel Petroleum, wie Sie gebrauchen.- Wenn Sie mir nicht 10 Pfd. Zucker extra geben, stelle ich meine Gebäude zur Aufbewahrung nicht mehr zur Verfügung.- Nun haben Sie die Hl.Kreuze aus den Büroräumen entfernt, wie will Deutschland jetzt den Krieg gewinnen?"

Ich habe gegen beide Schutzhaftantrag bis auf weiteres und ihre Überstellung in ein KL. beantragt.

Im Auftrage :



/Kö.

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Münster (Westf.)

B-Nr. II. B 1 - 161,00.

Münster (Westf.), den 7. 8. 1941.
Gutenbergstraße 17
Fernsprecher: 41854/56

122

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

| | | |
|---------------------------------|------------------|------|
| Der Rf ff u. Chef d. Deut. ... | | |
| im Reichsministerium des Innern | | |
| Reichsjustizsekretariat | | |
| Eing. | 11. AUG. 1941 v. | |
| Anl. | Bd. | Heft |
| Amt: | | |

An

das Reichssicherheitshauptamt
- IV B 1 (neu) -

in Berlin.

Hefttrand

Betrifft: Monatsbericht über Maßnahmen gegen Geistliche beider Konfessionen.

Vorgang: Erlaß vom 26.7.1935 - II B 1 - 4896/35 - u.FS-Erl.v.5.5.1938 - Nr. 103 242 - II B 1 - 136/38 -.

Anlagen: 4 - - - -

Als Anlage überreiche ich den Monatsbericht für den Monat Juli 1941 über Maßnahmen gegen Geistliche beider Konfessionen in doppelter Ausfertigung.

[Handwritten signature]

K

Monatsbericht
über Maßnahmen gegen Geistliche
im Monat Juli 1941.

B

Katholische Geistliche.

I. Geistliche, die gewarnt wurden:

Eécks, Geistl.
 Studienrat i.R.

Laurenz, (vergl. Monatsbericht v. Mai 1941, Ziff. IV.) wurde protokollarisch gewarnt.

Haeske
 (Pfarrer)

Bernhard, (vergl. Monatsbericht v. Juni 1941, Ziff. IV.) wurde protokollarisch gewarnt.

Krähenbeide
 (Pater)

Anton, geb. am 8. 12. 86 zu Münster, Reichsdeutscher, ledig, wohnhaft in Missionshaus in Hilstrup bei Münster. K. wurde protokollarisch gewarnt, weil er über die Bombardierung Münsters Greulmärchen verbreitet hat.

II. Geistliche, gegen die ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde:

"Fehlanzeige"

III. Geistliche, gegen die ein Redeverbot verhängt wurde:

"Fehlanzeige"

IV. Geistliche, die in Schutzhaft genommen wurden:

Barkholt
 (Jesuitenpater)

Werner, (vergl. Monatsberichte v. Sept. 1940, Ziff. V. und Januar 1941, Ziff. VI.) B. wurde am Anschluß seiner Strafverbüßung dem KL. Dachau überführt.

Hessing
 (Pater)

Heinrich, geb. am 4. 11. 1897 zu Coesfeld-Campel, Reichsdeutscher, ledig, wohnhaft in Gerlove über Coesfeld im Benediktiner-Abtei "St. Josef. II. wurde am 31. 7. 41 festgenommen, weil er durch Hetze gegen staatl. Maßnahmen den Zusammenhalt der inneren Front untergraben hat. Schutzhaft und Einweisung in ein KL. ist beantragt.

Matzerath
 (Pater)

Hubert, geb. am 15. 9. 1904 zu Hasselsweiler, Reichsdeutscher, ledig, wohnh., in Gerlove über Coesfeld im Benediktiner-Abtei "St. Josef". M. wurde am 13. 7. 41

festgenommen, weil er beschlagnahmte Gegenstände (400 - 500 Flaschen Wein) beiseite schaffte. Strafverfahren wurde eingeleitet. Schutzhaft bis zur Hauptverhandlung wurde beantragt.

Stammschröer
(Pfarrektor)

Hermann, geb. am 7. 2. 1890 zu Wadersloh, Reichsdeutscher, ledig, wohnhaft in Golmer über Münster II. St. wurde am 31. 7. 41 wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz festgenommen, weil er u. a. gesagt hat: In Rußland haben wir den Bolschewismus und was haben wir hier? Was nützt es uns, wenn unsere Brüder im Felde uns vor den Bolschewismus schützen, wenn gleichzeitig im eigenen Vaterland Rechtswidrigkeiten vorkommen! Schutzhaft und Einweisung in ~~XXXXXXXXXX~~ in ein KL. ist beantragt.

Störmann
(Vikar)

Hans, geb. am 16. 4. 98 zu Wattenscheid, Reichsdeutscher, ledig, wohnhaft in Dolbrück, Dorfbauerschaft. St. wurde am 8. 7. 41 für 21 Tage in Schutzhaft genommen, weil er für die Pfarrjugend kirchl. Veranstaltungen mit weltlichem Charakter auführte.

V. Geistliche, gegen die Strafanzeige erstattet wurde:

Matzerath
(Pater)

Hubert, (vergl. Ziff. IV.)

VI. Geistliche, die rechtskräftig verurteilt wurden:

"Fehlannonce"

VII. Geistliche, gegen die ein Strafverfahren eingestellt wurde:

Pooth
(Pfarrer)

Johann, geb. am 8. 3. 89 zu Bislich, Reichsdeutscher, ledig, wohnhaft in Gelsenkircher Horst, Strickerstr. 18. (vergl. Monatsbericht v. Monat Juni 1938, Ziff. V.) Das Verfahren wegen Vergehens gegen das Sammlungsgesetz wurde mangels Beweises eingestellt.

Wulff
(Pfarr-Vikar)

Felix, (vergl. Monatsbericht v. Februar 1941, Ziff. V.) Das Verfahren wurde vom Oberstaatsanwalt in Münster mangels Beweises eingestellt.

VIII. Geistliche, die aus der Schutzhaft entlassen wurden:

Bocks
(Studienrat i.R.)

Laurenz, (vergl. Ziff. I.) wurde am 11. 7. 41 entlassen.

Haeske
(Pfarrer)

Bernhard, (vergl. Ziff. I.) wurde am 1. 7. 41 entlassen.

M o n a t s b e r i c h t

über Massnahmen gegen Geistliche.

B.Katholische Geistliche.I. Geistliche, die verwarnt wurden:

- 1.) K l e i n Dr. Alexander, geboren am 19.4.1900 in Zülpich, Pfarrer in Dreiborn/Eifel.

Klein hatte religiöse Schriften an Wehrmichtsangehörige übersandt.

Mit Rücksicht darauf, dass Klein bisher nachteilig nicht hervorgetreten war und sich nach Auskunft des Kreisleiters der NSDAP. offen zum Nationalsozialismus bekennt hat, wurde ihm lediglich eine staatspolizeiliche Warnung erteilt.

- 2.) R u l a n d Wilhelm, geboren am 12.7.1911 in Willich, Kaplan in Aachen, Hohenstaufenallee 28.

Ruland hatte einen Schüler beauftragt, Abschriften von der Vervielfältigung einer Predigt des Erzbischofs in Paderborn und des angeblichen Briefes des Obersten Mölders an den Probst von Stettin zu fertigen. Die Schriften wurden von Ruland als Unterlagen zu den in den sogenannten "Glaubensstunden" gehaltenen Vorträgen benutzt.

Ruland wurde in kurzfristige Schutzhaft genommen. Vor seiner Entlassung wurde gegen Ruland neben Erteilung einer eindringlichen staatspolizeilichen Warnung ein Sicherungsgeld in Höhe von 500,-- RM festgesetzt.

3.) S c h m a l e n Egidius, geboren am 6.6.1914 in Aachen,
Kaplan in Erkelenz.

4.) P e l l e n Eberhard, geboren am 15.2.1915 in Lobberich,
Krs. Kempen-Krefeld, Kaplan in Erkelenz.

Schmalen hatte eine Vervielfältigung des angeblichen Briefes des Obersten Mölders an den Probst von Stettin von dem Kaplan P e l l e n erhalten. Beide Geistlichen hatten Abschriften dieser Vervielfältigung gefertigt und an einige Schüler weitergegeben. Schmalen wurde kurzfristig in Schutzhaft genommen und nach Klärung des Sachverhalts entlassen.

Gegen beide Geistlichen wurde neben Erteilung einer eindringlichen staatspolizeilichen Warnung ein Sicherungsgeld in Höhe von je 500,-- RM festgesetzt.

Die zur Herstellung der Abschriften benutzten Schreibmaschinen wurden eingezogen.

5.) S c h m i t z Bernhard, geboren am 18.8.1897 in Zülpich,
Pfarrektor in Alsdorf-Kellersberg.

Schmitz hatte während der Erteilung des Religionsunterrichts an besonders fleissige und aufmerksame Schüler Schriften weltlichen Inhalts verschenkt.

Schmitz wurde eine eindringliche staatspolizeiliche Warnung erteilt.

II. Geistliche, gegen die ein Redeverbot verhängt wurde:

Keine.

III. Geistliche, gegen die ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde:

Keine.

IV. Geistliche, die in Schutzhaft genommen wurden:

- 1.) R e n t g e n s Johann Josef, geboren am 10.8.1914 in Eupen, Kaplan in Raeren, Krs.Eupen.

Rentgens, der wiederholt besonders nachteilig hervorgetreten war, wurde am 5.12.1941 wegen Wehrpflichtentziehung auf Veranlassung des Leiters des Musterungsstabes Eupen festgenommen und dem Gericht überstellt. Haftbefehl wurde erlassen.

Für den Fall der Aufhebung des Haftbefehls bzw. nach Strafverbüßung sind entsprechende staatspolizeiliche Massnahmen vorgesehen.

- 2.) R u l a n d Wilhelm, geboren am 12.7.1911 in Willich, Kaplan in Aachen.

(Siehe unter Nr. I, Ziffer 2.)

- 3.) B u c h k r e m e r Josef, geboren am 4.10.1899 in Aachen, Pfarrer in Herzogenrath-Strass.

Gegen den vorbezeichneten Geistlichen, der seit mehreren Jahren in zahlreichen Fällen Anlass zu staatspolizeilichen Massnahmen gab, musste wiederum wegen seines gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und die Interessen der deutschen Volksgemeinschaft gerichteten Verhaltens eingeschritten werden. So hat er u.A. seit dem Jahre 1940 versucht, die Angehörigen von Volksgenossen, die sich freiwillig zum Dienst in der Waffen-~~W~~ meldeten durch unwahre und beunruhigende Äusserungen über die Waffen-~~W~~ in ihrem Entschluss wankend zu machen.

Im Mai 1941 besuchte Buchkremer eine Familie, deren Sohn sich freiwillig zur Waffen-~~W~~ gemeldet hatte und äusserte der Ehefrau gegenüber etwa wörtlich wie folgt:

"Was habe ich gehört, Ihr Junge hat sich freiwillig zur Waffen-~~W~~ gemeldet? Mein Gott, wissen Sie auch, was das heisst?"

heisst? Kennen Sie die Gefahren, die damit verbunden sind? Ihr Sohn muss jetzt aus der Kirche austreten. Er darf nicht mehr kirchlich heiraten. Die Kinder werden nicht getauft. Ich komme ja nur, um die Seele Ihres Sohnes zu retten. Warum musste das sein? Wie können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren. Sie als Mutter haben doch auch noch etwas zu sagen. Sie werden sich als Mutter einmal vor dem höheren Richter verantworten müssen".

In ähnlicher Weise hatte Buchkremer sich Anfang November 1940 einer Witwe gegenüber benommen. Als sich der jüngste Sohn - 2 Söhne stehen z.Zt. im Felde - zur Waffen-~~W~~ gemeldet hatte, suchte Buchkremer die Witwe gleichfalls in ihrer Wohnung auf und äusserte ungefähr wörtlich:

"Was habe ich gehört? Ihr Sohn hat sich zur Waffen-~~W~~ gemeldet! Wie können Sie als Mutter die Genehmigung dazu erteilen? Wissen Sie auch, dass Sie damit das Todesurteil Ihres Sohnes unterschrieben haben? Warum sind Sie nicht vorher zu mir gekommen und haben sich bei mir Rat geholt, denn dafür bin ich doch letzten Endes da. Wenn Ihr Sohn sich freiwillig melden wollte, hätte ich ein anderes Regiment gewusst, als gerade die Waffen-~~W~~. Wissen Sie auch, dass Ihr Sohn aus der Kirche ausgeschlossen wird?"

Ausserdem hat Buchkremer versucht, den Dienstbetrieb der HJ. zu beeinträchtigen.

Mit Zustimmung des Reichssicherheitshauptamtes wurde Buchkremer festgenommen. Seine Überführung in ein Konzentrationslager ist veranlasst.

4.) S c h m a l e n Egidius, geboren am 6.6.1914 in Aachen, Kaplan in Erkelenz.

(Siehe unter Nr. 1, Ziffer 3.)

B.-Nr. II 1-2107/41 IV B 1/Grö.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An das
Reichssicherheitshauptamt
- Amt IV -
in Berlin.

| | |
|--|-------------|
| Der Rf 44 u. Chef d. Deutsch. Polizei in Reichsstadt Linz Stabschefers. und Posten | E. Zerl. |
| Eing. 11. DEZ 1941 | S. Rev. |
| Post. No. fict | |
| Am: W. D. 1 | |

613

Monatsbericht.

über Massnahmen gegen Geistliche
"B"
Katholische Geistliche.

Zu 1.) Geistliche die verwarnt wurden:

- a) H u n g e r Alois, Benediktinerpater, am 15.6.1899 in Ried i.d.Riedmark geb., RD., St. Florian b. Linz wohnhaft, wurde wegen staatsabträglicher Äusserungen verwarnt.
- b) S t a r l i n g e r Johann, Dechant, am 9.10.1871 in Weibern geb., RD., Hofkirchen a.d.Tr., Pfarrhaus wohnhaft, wurde wegen Verweigerung des Läutens von Kirchenglocken beim Begräbnis eines gottgläubigen Fallschirmjägers verwarnt.

Zu 4.) Geistliche, die in Schutzhaft genommen wurden:

- a) B l ö c h l Franz, Pfarrer, am 19.12.1892 in Freistadt geb., RD., zuletzt Priethal Nr.1, Krs. Krummau wohnhaft gewesen, wurde als Jugendschänder dem KZ-Lager Dachau eingewiesen.
- b) S c h m o l m ü l l e r Leopold, Kaplan, am 6.11.1914 in Käfermarkt geb., RD., Uttendorf Nr.1, wohnhaft, wurde wegen staatsfeindlicher Äusserungen 3 Wochen in Schutzhaft genommen.

Zu 5.) Geistliche, gegen die Strafanzeige erstattet wurde:

- a) H o f b a u e r Johann, Pfarrer, am 22.6.1903 in St. Radegund geb., RD., Burgkirchen, Krs. Braunau, Pfarrhaus wohnhaft, wurde wegen Abhörens ausländischer Sender und Verbreitung von Nachrichten der feindlichen Sender dem Sondergericht mit dem Antrag auf Strafverfolgung vorgeführt.

b) L u d w i g Johann, Dechant, am 15.4.1900 in Wels geb.,
RD., in Braunau a. Inn, Pfarrhaus wohnhaft,
wurde wegen Abhörens ausländischer Sender dem Sonder-
gericht Linz mit dem Antrag auf Strafverfolgung vor-
geführt.

Zu 6.) Geistliche, die rechtskräftig verurteilt wurden:

a) A u e r Josef, Ordensname Pater Siegmund, Pfarrer, am
17.3.1889 in Friedberg, Krs. Kaplitz geb., RD., in
Kirchschlag, Krs. Krummau, Pfarrhaus wohnhaft,
wurde wegen Zuwiderhandlung gegen die V.O. vom 15.
5.1941 über die Verlegung der kirchlichen Feierlich-
keiten des Himmelfahrts- und Fronleichnamstages zu
einer Geldstrafe von RM 100.-, im Falle der Unein-
bringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen
rechtskräftig verurteilt.

b) P r ö l l Martin, Ordensname Pater Josef, Pfarrer, am
7.7.1882 in Schlögl geboren, RD., Ulrichsberg, Krs.
Rohrbach, Pfarrhaus wohnhaft,
wurde wegen Zuwiderhandlung gegen die V.O. über die
Verlegung des Himmelfahrts- und Fronleichnamstages
zu einer Geldstrafe von RM 50.-, im Falle der Nicht-
einbringlichkeit zu 5 Tagen Arrest rechtskräftig ver-
urteilt.

Zu 7.) Geistliche, gegen die das Verfahren eingestellt wurde:

a) P e r w o l f i n g e r Johann, Kaplan, am 19.11.1904
in Görlitz geb., RD., Rosenberg, Pfarrhaus wohnhaft,
wurde vom Gendarmerieposten in Rosenberg wegen Miss-
handlung eines Schülers angezeigt und vom zuständigen
Amtsgericht freigesprochen.

b) W i e n e t s h a m m e r Willibald, Kaplan, am 28.3.
1890 in Wien geb., RD., Kleinwilfersdorf, Nied. Donau
wohnhaft,
wurde wegen Schändung von narkotisierten Frauen dem
Landgericht in Linz angezeigt und bei der Berufungs-
verhandlung in zweiter Instanz freigesprochen. Das
Urteil ist rechtskräftig.

Sonst Fehlanzeige.

In Vertretung:

Bayer

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

5. Juni 1970

.....



DDR

20

Der Vorstand
des Untersuchungsgefängnisses
Mit-Moabit in Berlin

Einschreiben

Berlin NRB 40, den 23. Dezember 1942
Mit-Moabit 12 a
Fernsprecher: 35 67 01

Gesch.-Nr. VIII

(Bei Antwortschreiben ist die Gesch.-Nr. anzugeben)
Strafsache gegen Rotholz
Ersuchen v. 16.12.42
10 J. 207/42g
10 Gns. 152/42

An den
Herrn Oberreichsanwalt beim
Volksgerichtshof
28. DEZ 1942
in Berlin

Der Arbeiter Siegbert Israel Rotholz, 23 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder, nicht vorbestraft, ist wegen Hochverrats u. a. zum Tode verurteilt.

Rotholz sass hier vom 1.9.42 bis 12.12.1942 ein. Er hat sich während dieser Zeit gut geführt und auch zur Zufriedenheit gearbeitet. Rotholz gehörte einer kommunistischen Gruppe an und fühlt sich auch heute noch als Kommunist. Es war ihm offenbar nicht möglich, sich zu der Erkenntnis durchzuringen, dass die von ihm begangene Tat ein Verbrechen ist und deshalb zu verurteilen sei. Das über ihn verhängte Todesurteil hat ihn nicht zu erschüttern vermocht, ja, er war sogar noch in der Lage, hierüber ein Lächeln aufzubringen. Besondere Umstände, die einen etwaigen

Gnadenerweis

Gnadenerweis rechtfertigen könnten, sind hier nicht bekannt
geworden.

Handwritten notes:
für Kopie von J. J. I.
10
B. J.

Handwritten signature

Oberregierungsrat.

Handwritten mark

Sch

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

B.-Nr.

IV A 1 d -

Bitte in der Fußnote vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 4. Januar 1943

Deinz-Albrecht-Straße 8

Seccruf: 12 00 40

Rechnungsnummer

-6. JAN. 1943

Schnellbrief

An den

Herrn Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

B e r l i n W 9,
Bellévuestr. 15.

Betrifft: Strafsache gegen Heinz Israel R o t h h o l z
und Andere wegen Vorbereitung zum Hochver-
rat u. a.

Bezug: Dort. Schreiben vom 16.12.42 - 10 J 207/42 -

Anlagen : 1 Berichtsdurchschrift, 27 dreiteilige Licht-
bilder.

gute Gn. Hoffmann

Ein Gnadenerweis für die Verurteilten

Heinz Israel R o t h h o l z ,
geboren 28.5.1921 Berlin,

Heinz Israel B i r n b a u m ,
geboren 22.9.1920 Berlin,

Hella Sara H i r s c h ,
geboren 6.3.1921 Posen,

Hanni Sara M e y e r ,
geboren 14.2.1921 Berlin,

Marianne Sara J o a c h i m ,
geboren 5.11.1921 Berlin,

Lothar Israel S a l i n g e r ,
geboren 8.5.1919 Berlin,

Helmut Israel N e u m a n n ,
geboren 29.7.1921 Berlin,

Hildegard Sara L o e w y ,
geboren 4.8.1922 Berlin,

Siegbert Israel R o t h o l z ,
geboren 14.9.1919 Berlin,

wird nicht befürwortet. Es sind hier keine außerordent-
lichen Umstände bekannt geworden, die für eine Milderung
der Todesstrafe sprechen würden.

Gegen die Freigabe der Leichen bestehen Bedenken.

Im Auftrage:

Studow

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den

18.12.78



DDR

21

Im Namen

des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen

- 1.) den Arbeiter Martin Israel K o c h m a n n aus Berlin,
geboren am 30. Oktober 1912 in Wongrowitz,
 - 2.) den Eisenstecher Felix Israel H e y m a n n aus Berlin,
geboren am 23. November 1917 in Berlin,
 - 3.) den Arbeiter Herbert Israel B u d z i s l a w s k i aus Berlin,
geboren am 30. Dezember 1920 in Berlin,
- sämtlich Juden,
zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft,
wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.a.

hat der Volkengerichtshof, 2. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 29. Juni 1943, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Kammergerichtsrat Diescher, Vorsitzender,
Kammergerichtsrat Dr. Reimers,
~~44~~-Gruppenführer Petri
Gauinspekteur Ahmels,
Ortsgruppenleiter Vahlberg,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Erster Staatsanwalt Wittmann.

für Recht erkannt:

Die Angeklagten haben an jüdisch - kommunistischen Gruppenbildungen teilgenommen, und zwar auch noch nach Ausbruch des deutsch - bolschewistischen Krieges. Damit haben sie gleichzeitig den Feind Deutschlands begünstigt.

Sie werden deshalb zum T o d e verurteilt.

Auch

Auch werden ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Die Richtigkeit der vorstehenden Abschrift wird
beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Berlin, den 30. Juni 1933.



Antarat
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle.

- 2 -

Herrn

Oberreichsanwalt beim VGH.

mit 9 beglaubigten Abschriften und
9 einfachen Abschriften.

Urteilsverkündung : 12,15 Uhr.

Gehelme Staatspolizei

Gehelmes Staatspolizeiamt

B.-Nr. 1297 /43 - IV A 1 d -

Bitte in der Patroisort vorsehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 23. Juli 1943
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

Schnellbrief

27. JULI 1943

An den

Herrn Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin W 9,
Bellevuestr. 15.

Betrifft: Strafsache gegen Kochmann,
Martin, Israel u.A.
wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.a.

Bezug: Schreiben vom 8.7.43 - 10 J 328/43g -

Anlagen: 1 Berichtszweitschrift, 9 dreiteilige
Lichtbilder.

- - -

Die Begnadigung der Verurteilten

Martin Kochmann,
geboren 30.10.1912 Bongowitz,

Felix Israel Heymann,
geboren 23.11.1917 Berlin,

Herbert Israel Budzislawski,
geboren 30.12.1920 Berlin,

wird nicht befürwortet.

Besondere Umstände, die eine Milderung der Strafe
rechtfertigen liessen, sind nicht bekannt geworden.

Gegen die Freigabe der Leichen bestehen Bedenken.

Im Auftrage:

Mudow

**Strafgefängnis
Döberitz in Berlin**

Strafgefängnis
Döberitz in Berlin, den 7. 9. 1943

Gelgb. Nr.: 852/43
(bei allen Schreiben anzugeben)



Hausanschl.:

Zum dortigen Geschäftszeichen:
10 J. 328/43g

Volksgenossenschaft
in Berlin

Mitteilung des Abganges eines Gefangenen oder Verwahrten

(Nrn. 207 Abs. 1, 208 Abs. 3 VollzO)

Familienname: Kohmann

Rassen- bzw. Volkszugehörigkeit:

Rufname: Martin Erast

Familienstand: 17. SEP 1943

Zuletzt ausgeübter Beruf: Arbeiter

Zahl der Kinder:

Geburtstag: 30. 10. 12

Letzte Wohnung vor der Aufnahme zum Vollzuge:

Geburtsort: Wongrowitz

Staatsangehörigkeit:

ist am 7. 9. 1943, Uhr — in der Sache

entlassen — und — freigesprochen — zu — über — geführt — worden —

verbleibt für Geschäftszeichen:

weiter in Haft —

..... beabsichtigt in

..... Wohnung zu nehmen.

..... und des Abganges:

Name: Reine

Amtsbezeichnung: Obergerichtssekretär

Die Übereinstimmung des Textes der Kopie
mit dem Originaldokument wird richterlich be-
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 18.12.70



DDR

22

Original befindet sich beim Verfahren
1 Ks 2/69 Magd. Blm

Stadtbezirksgericht
Berlin - Mitte

DDR - 102-Berlin, den 02. Februar 1971

Aktenzeichen: 252 A (S) 10.71

Ermittlungssache

Anwesend:

Richter Völlger
- als Vorsitzender -

gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer BOVENSHEPEN u.a.
wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Staatsanwalt Ender
- als Vertreter der
Generalstaatsanwaltschaft der DDR -

Justizangestellte Busse
- als Schriftführerin -

Es erscheint die Zeugin Frau Charlotte H o l z e r

Der Zeugin wird mitgeteilt, worüber sie vernommen werden soll.
Sie wird zur Wahrheit gem. § 32 StPO ermahnt und über die strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Aussage sowie über die gesetzlichen Voraussetzungen für das Zeugnisverweigerungsrecht gem. § 26 StPO belehrt.
Sie wird darauf hingewiesen, daß ihre Vernehmung im Auftrage des Ministeriums der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend dem Antrage des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik erfolgt.
Hierauf wird die Zeugin vernommen.

Name: H o l z e r Charlotte
Geburtstag: 07. Dezember 1909
wohnhaft: 111 B e r l i n, Kleine Homeyerstr. 33
Staatsbürgerschaft: DDR
Beruf: Rentnerin

Charlotte Holzer

Zur Sache:

Von 1927 bis 1942 habe ich in meinem Beruf als Säuglings- und Krankenschwester im Jüdischen Krankenhaus in Berlin, Iranische Straße, gearbeitet. Bis zum Jahre 1933 waren in diesem Krankenhaus auch sehr viele nichtjüdische Patienten untergebracht. Im Rahmen der Judenverfolgung wurde die Aufnahme nichtjüdischer Patienten jedoch verboten und ab 1942 änderte sich der Charakter des Jüdischen Krankenhauses grundlegend. Seit dieser Zeit, d.h., ab 1942, wurden in das Jüdische Krankenhaus sehr viele Juden von der Gestapo zur Behandlung eingeliefert, die unter der faschistischen Zwangsarbeit oder in Gestapogefängnissen schwer erkrankt waren. Zu diesem Zweck mußten Zimmer des Krankenhauses besonders eingerichtet und an deren Fenster Gitter angebracht werden.

All diese Ereignisse verfolgte ich mit besonderer Aufmerksamkeit, da ich bereits seit 1932 der KPD angehörte und als Mitglied der "Herbert-Baum-Gruppe" aktiv im Widerstandskampf gegen den Faschismus tätig war. Aus diesem Grunde interessierte ich mich auch für Vorkommnisse, die außerhalb meines eigentlichen Tätigkeitsbereiches geschahen und die ich, obwohl ich sie nicht selbst erlebt habe, genau wiedergeben kann.

So berichtete mir Sala KOCHMAN, die als Kindergärtnerin im Jüdischen Kinderheim in der Gipsstraße in Berlin tätig war und ebenfalls der "Herbert-Baum-Gruppe" angehörte, daß im Frühjahr 1942 die Säuglinge und Kleinkinder des Jüdischen Säuglingsheimes Berlin - Niederschönhausen, Moltkestraße 9, zusammen mit dem gesamten Pflegepersonal, einschließlich der Oberin Elsa STEIN, durch die Gestapo im Möbelwagen abgeholt und in dem Jüdischen Kinderheim in der Gipsstraße zusammengepfercht wurden. Das Jüdische Kinderheim in der Gipsstraße war damals das Sammellager für jüdische Kinder, sowie die Hamburger Straße das Sammlager für die erwachsenen jüdischen Bürger war. Diese jüdischen Kinder es handelte sich dabei, wie mir Sala KOCHMAN berichtete, und ich auch aus meiner eigenen ehemaligen Tätigkeit als Säuglingschwester im Jüdischen Säuglingsheim Berlin-Niederschönhausen wußte, um etwa 60 Säuglinge und etwa 100 Kleinkinder zwischen drei und sechs Jahren, die noch 1942 als geschlossener Transport "nach dem Osten deportiert" wurden. Gerade dieses Ereignis und die Gewissheit über das Schicksal dieser Kinder ging mir als Frau und Mutter besonders nahe.

Marcelle Holzer

Sala KOCIMANN, die mir dies berichtet hatte und im Mai 1942 wegen ihrer illegalen Tätigkeit von der Gestapo festgenommen wurde, war auch der erste Häftling, der von der Gestapo in das Jüdische Krankenhaus eingeliefert wurde. Sie wurde etwa Anfang Juni 1942 mit Schädelbasis- und Beckenbruch in das Krankenhaus und dort in ein Zimmer, dessen Fenster mit Gittern versehen waren und obendrein noch von Gestapobeamtinnen bewacht wurde, gebracht. Da ich zu dieser Zeit noch als Nachtschwester im Jüdischen Krankenhaus tätig war und die Bewachung durch die Gestapobeamtinnen infolge der Unfähigkeit Sala KOCIMANN's nachließ, gelang es mir, mit ihr zu sprechen. So erfuhr ich, daß sie nach einer Vernehmung vom dritten Stock des Polizeipräsidentiums am Berliner Alexanderplatz in den Lichtschacht gesprungen war, um weiteren Vernehmungen durch die Gestapo zu entgehen. Da Sala KOCIMANN aufgrund ihrer schweren Verletzungen kaum sprechen konnte, teilte sie mir keine näheren Einzelheiten der Vernehmungen mit, sie fürchtete jedoch, durch die selbst erlittenen und bei anderen geschehenen Folterungen zu Aussagen gezwungen zu werden und hatte deshalb den Treitod wählen wollen.

Am 07. Oktober 1942 wurde auch ich wegen meiner illegalen Tätigkeit verhaftet, zunächst zum nächstliegenden Polizeirevier und von dort von zwei Gestapobeamtinnen, die dann auch ständig meine Vernehmungen durchführten, abgeholt und in das Polizeipräsidentium am Berliner Alexanderplatz gebracht. Obwohl ich nicht mehr mit Bestimmtheit sagen kann, woher ich es erfahren habe, kann ich mich erinnern, daß die Namen der mich im Polizeipräsidentium vernehmenden Gestapobeamtinnen FISCHER und NEUMANN waren. Während sich NEUMANN bei den Vernehmungen, die vorwiegend nachts durchgeführt wurden, meist im Hintergrund aufhielt, wurde ich dabei von FISCHER des öfteren geschlagen und getreten. So stellte sich FISCHER mit seinen Stiefeln meistens auf meine Fußspitzen, trat mir gegen die Schienbeine und schlug mir mit der Hand ins Gesicht. Zu meiner Einschüchterung lag bei den Vernehmungen auch ständig ein Schlagring und eine Peitsche bereit.

Von Dezember 1942 bis Mitte Januar 1943 war ich im Arbeitslager Fehrbellin und kam dann in das Polizeigefängnis Lehrterstraße in Berlin und im Mai 1943 nach Moabit. Dort wurde ich dem Haftrichter vorgeführt und kurze Zeit danach in einem Prozeß vor dem Sondergericht Berlin wegen Verstosses gegen die "Kriegswirtschaftsver-

Marlotte Holzer

ordnung" zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, da ich bei meiner Verhaftung im Besitz mehrerer Lebensmittelkarten für illegal tätige Genossen gewesen bin. Zur Strafverbüßung wurde ich in das Gefängnis Klein-Meusdorf bei Leipzig überführt. Da sich die dortige Gefängnisleitung jedoch weigerte, einen jüdischen Häftling aufzunehmen, bin ich durch mehrere Strafvollzugsanstalten gekommen. Wegen einer Scharlacherkrankung kam ich in Leipzig sechs Wochen in Quarantäne und konnte deshalb an dem zu dieser Zeit vor dem "Volksgerichtshof" stattfindenden Prozeß gegen die Mitglieder unserer Gruppe nicht teilnehmen. Erst nach meiner Genesung und der erneuten Überführung nach Moabit wurde mir mitgeteilt, daß ich vom "Volksgerichtshof" wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden bin. Mir wurde die Vollstreckung des Todesurteils angekündigt und im Oktober 1943 wurde ich in das Sammellager in der Großen Hamburger Straße in Berlin eingeliefert. Bei dem Juden-Sammellager in der Großen Hamburger Straße in Berlin handelte es sich um das ehemalige Jüdische Altersheim, welches ich bereits vor meiner Einlieferung gut kannte, weil meine Großeltern bis zu ihrem Tode darin gelebt hatten.

Im Lager Hamburger Straße war ich von Oktober 1943 bis etwa Februar 1944. Die dort untergebrachten Personen, bei meiner Einlieferung waren es ca. 600, waren in drei Kategorien unterteilt. Im Keller oder Bunker, in dem ich mich befand, waren alle diejenigen untergebracht, die sich ihrer Verhaftung zunächst entzogen oder widersetzt hatten, bzw., in der Widerstandsbewegung kämpften und deshalb einer besonderen Behandlung unterzogen werden sollten und wurden. Im oberen Teil des Hauses waren die jüdischen Bürger untergebracht, die man aus ihren Wohnungen abgeholt hatte. Außerdem waren auch nichtjüdische Bürger dort, die im Verdacht standen, Juden unterstützt zu haben. Mir ist bekannt, daß auch Bürger auf sogenannten Schutzhaftbefehl eingeliefert wurden. Alle Bürger, die in dieses Sammellager eingewiesen wurden, bekamen eine Registrierennummer. Es gab drei Arten, und zwar, die P-Nummer, das bedeutete, daß diese Bürger nach Auschwitz transportiert werden sollten, dann eine Th-Nummer für solche Bürger, die nach Theresienstadt transportiert werden sollten und eine sogenannte NR-Nummer. Die NR-Nummer, unter der auch ich registriert war, besagte, daß diese Bürger für einen Transport nicht registriert waren, da sie zur ständigen Verfügung des damaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) stehen mußten.

Über diese Bürger durfte deshalb die Lagerleitung der Gestapo auch nicht verfügen. Im Gegensatz dazu konnte die Lagerleitung der Gestapo über sämtliche Lagerinsassen, die unter einer P- bzw. Th-Nummer registriert waren, selbst entscheiden.

Das traf vor allem für die Zusammenstellung von Transporten in die Konzentrationslager zu. Vom RSHA wurden dazu lediglich die Termine und die Anzahl der zu deportierenden Personen festgelegt. Wir Häftlinge erfuhren dann immer von der Bürokratie der Lagerleitung - diese Funktion wurde von einem jüdischen Häftling ausgeübt - für wann und in welcher Stärke vom RSHA ein Transport angefordert wurde.

Die Auswahl der dazu bestimmten Häftlinge wurde dann von der Lagerleitung der Gestapo vorgenommen. Zur Lagerleitung gehörten der Lagerleiter SS-Hauptscharführer DOBBERKE und soweit ich mich erinnere, die SS-Angehörigen TITZE, SASSA und ROTHE.

Die Transporte wurden in Abständen von etwa drei bis fünf Wochen zusammengestellt und umfaßten in der Regel 100 bis 300 Personen.

Während meines Aufenthaltes im Sammellager Große Hamburger Straße gingen diese Transporte nach Auschwitz und Theresienstadt. Nach Theresienstadt kamen insbesondere solche Personen, die Auszeichnungen aus der Zeit des 1. Weltkrieges und der Weimarer-Zeit hatten.

Von Transporten in andere Lager ist mir nichts bekannt. Mir war aber von Anfang an bekannt, welches Schicksal uns erwartete. Darüber bestand auch bei allen anderen Häftlingen, die im Bunker waren, vor allem dann kein Zweifel mehr, als etwa Mitte November 1943 aus Auschwitz geflohene Häftlinge wieder in das Sammellager eingeliefert wurden. Von diesen Personen wurden die schrecklichen Zustände während der Transporte und der Verhältnisse in Auschwitz selbst geschildert. Auch im Lager Große Hamburger Straße waren menschenunwürdige Verhältnisse. Im Bunker wurden z.B. die Kellerfenster zugemauert, so daß die Luft vor allem auch durch die Überbelegung sehr knapp war. Es gab auch keine Pritschen mehr, sondern wir mußten auf der Erde liegen. Es kam auch des Öfteren vor, daß Häftlinge auf das Schwerste mißhandelt wurden und dann auf Transport gekommen sind.

Im November 1943 wurde meine frühere Kollegin, die Krankenschwester Anja DRACH, in das Lager Große Hamburger Straße eingeliefert.

Anja DRACH war bis März 1943 im Jüdischen Pflegeheim in der Elsässer Straße in Berlin, in dem auch meine Mutter als Schwester tätig war, beschäftigt.

Marlotte Halzer

Das Jüdische Pflege- und Siechenheim war bis zum damaligen Zeitpunkt, d.h., bis März 1943 mit etwa 200 bis 250 durchweg bettlägerigen, hilflosen Kranken belegt. Da die dort tätigen Pflegeschwestern regelmäßig in das sogenannte Judensammelager Hamburger Straße abgezogen wurden, um dort bei den Deportationstransporten Hilfe zu leisten, d.h. Kranke transportfähig zu machen und dergleichen hat die Oberin des Pflegeheimes, SusanneGOLDSCHMIDT, im März 1943 den Lagerleiter der Hamburger Straße, SS-Hauptscharführer DOBBERKE, die Schwestern von diesem Dienst zu befreien, damit die eigenen Patienten versorgt werden konnten. Daraufhin wurden alle Insassen des Pflegeheimes und alle Schwestern, darunter auch meine Mutter, auf Transport geschickt. Nur Anja DRACH, die jetzt in London wohnhaft ist, gelang es zu entkommen und sich bis zu ihrer Einlieferung in das Sammelager Hamburger Straße bei Freunden zu verbergen. Im Zusammenhang mit den von mir nach 1945 betriebenen Nachforschungen nach dem weiteren Schicksal meiner Mutter, erfuhr ich bei Norbert WOLHEIM in Lübeck durch dessen Sekretärin, die als Deportierte in der Schreibstube des KZ-Auschwitz gearbeitet hatte, daß dieser Transport in Auschwitz sofort vergast wurde.

Im Februar 1944 wurde das Sammelager Große Hamburger Straße geräumt und alle Häftlinge mit Lastkraftwagen in das Juden-Sammelager Schulstraße, einem Nebengebäude des Jüdischen Krankenhauses, transportiert. Auch dieses Lager unterstand der Gestapo-Leitstelle Berlin und Lagerleiter blieb SS-Hauptscharführer DOBBERKE.

Von diesem Sammelager gingen, wie bisher von der Großen Hamburger Straße, ebenfalls regelmäßig Transporte nach Auschwitz. Von den zum Transport bestimmten Häftlingen nahmen sich in der Regel eine Anzahl vorher das Leben, da sie ihr Schicksal genau kannten. Ich hatte in der damaligen Zeit positive Kenntnis darüber, daß Häftlinge, die in irgendeiner Weise besonders aufgefallen waren, eine schriftliche Anweisung zur Sonderbehandlung mit auf den Transport bekamen. Das war uns sowohl durch das jüdische Büro als auch durch das jüdische Transportpersonal bekannt geworden, die den Transport bis zum Verladebahnhof Grunewald begleiten mußten. Die "Fehlmenge" zu der vom RSHA vorgegebene Zahl wurde durch Kranke oder durch Kleinkinder aus dem im Krankenhaus befindlichen Kindersammelager aufgefüllt. Ich habe selbst gesehen, wie die Gestapo-Beamten Kranke oder Kinder noch im letzten Augenblick in die zum Abtransport bereitstehenden Möbelwagen hineinwarfen.

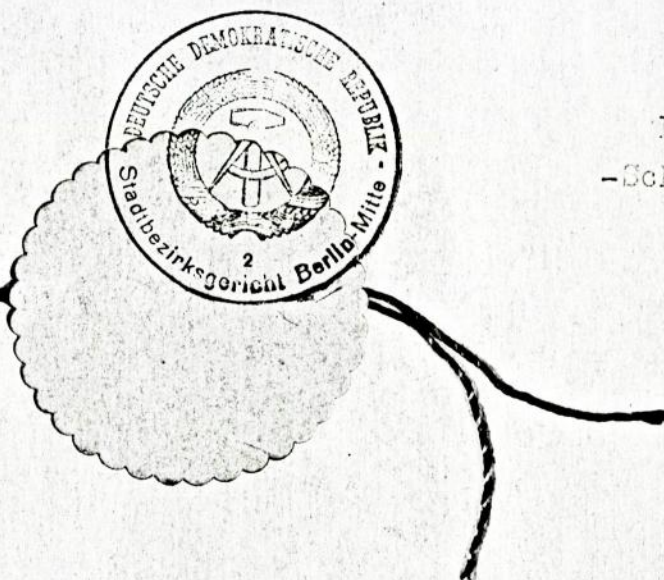
Im April 1944 erfuhr ich von der Sekretärin des Lagerleiters DOEBBERKE, daß ich in nächster Zeit mit der Vollstreckung meines Urteils zu rechnen hätte. Von diesem Augenblick an suchte ich verstärkt nach Möglichkeiten, um aus dem Lager zu entfliehen, was mir dann nach einem schweren Bombenangriff auch gelang. Bis Kriegsende konnte ich mich dann mit Hilfe von Freunden verborgen halten.

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Charlotte Holzer

Charlotte H O L Z E R

Vollsch
- Richter -



Busse
- Schriftführer -